



Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

AZB
3001 Bern

Herr
Maier, Franz Georg
Hällwylstrasse 15
3003 Bern

Herausgeberin/Redaktion
Freisinnig-Demokratische
Partei der Schweiz
Postfach 6136
3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail info@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate
TrisCom-Media AG
Bündtenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail verkauf@trisc.com.ch
Internet www.trisc.com.ch

Layout/Druck
NZZ Print
Postfach
8021 Zürich
Telefon 044 258 18 94
Fax 044 258 18 99
ISDN 044 773 11 15
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

27. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Inhalt

Freier Personenverkehr
NR Werner Messmer sieht
entscheidende Vorteile. **6**

Abstimmung
Setzen Sie sich
für die Kampagne ein! **8**

DV Neuenburg
Freisinnige und
Liberalen
gründen Union. **10/11**

Sommer-Universität
Diskussion und
Geselligkeit
in Morges VD. **14/15**

Anzeige

**Ihr Weg
zum
Recht.**

www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00
T 062 832 10 50

**Binder
rechtsanwälte**

Ja zum freien Personenverkehr

Der bilaterale Weg als Königsweg

Die bilateralen Abkommen mit der EU haben sich bewährt. Die Schweiz ist auf den weitgehend gleichberechtigten Zugang zum EU-Binnenmarkt angewiesen. Jeder dritte Arbeitsplatz ist direkt oder indirekt von guten Wirtschaftsbeziehungen zur EU abhängig, und jeder dritte Franken wird im Handel mit der EU verdient. Da eine Abschottung von der EU nicht in Frage kommt und ein EU-Beitritt nicht mehrheitsfähig ist, hat sich der bilaterale Weg als eigentlicher Königsweg erwiesen – auch für die KMU und die gewerbliche Wirtschaft.

Von **Edi Engelberger**,
Nationalrat und Präsident
des Schweizerischen
Gewerbeverbandes,
Stans NW

Am 5. Juni haben die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit rund 55% den Verträgen von Schengen und Dublin zugestimmt und damit den bilateralen Weg bestätigt. Dies trotz einer emotionsgeladenen und teilweise stilllosen Kampagne der Gegner, die latente Ängste in der Bevölkerung vor Arbeitsplatzverlust und Lohn-dumping geschürt haben. Der 5. Juni sollte uns im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten zuversichtlich stimmen, zumal

die SVP diesmal nicht mehr geschlossen gegen die Vorlage antritt.

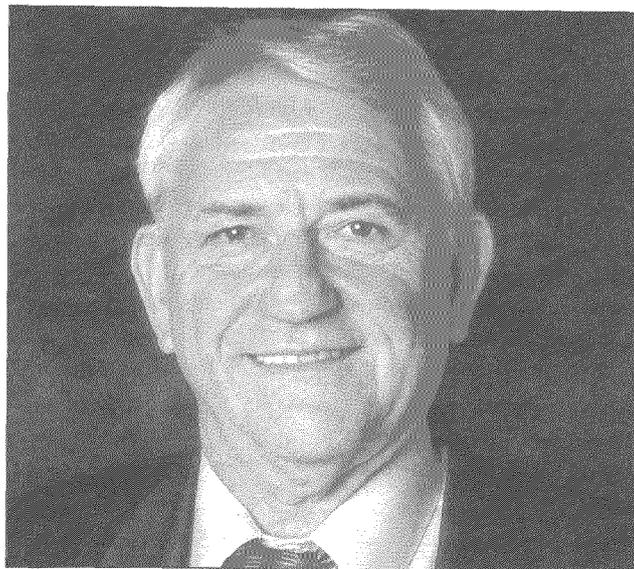
Freier Personenverkehr in Raten

Die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU wurden 2004 mit Ausnahme der Personenfreizügigkeit automatisch auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten ausgeweitet. Durch geschicktes Verhandeln beim erforderlichen Zusatzprotokoll hat die Schweiz beim freien Personenverkehr lange Übergangsfristen und Schutzklauseln ausgehandelt: Der Arbeitsmarkt wird schrittweise und kontrolliert geöffnet. So gelten in der Schweiz bis 2011 für die neuen EU-Mitglieder weiterhin Inländervorrang, Kontrolle der Lohn- und Ar-

beitsbedingungen sowie restriktive Kontingente. Bis 2014 kann die Schweiz wieder Kontingente einführen, wenn die Zuwanderung ein bestimmtes Mass überschreiten sollte, und sogar danach besteht immer noch eine allgemeine Schutzklausel. Von einer Masseneinwanderung von billigen Arbeitskräften aus dem Osten kann also überhaupt keine Rede sein. Bisherige Erfahrungen mit der Personenfreizügigkeit innerhalb der EU und mit der Schweiz haben gezeigt, dass die befürchteten Migrationsströme ausgeblieben sind. So ist Deutsch-

land weder von Griechen noch ist der Kanton Uri von Genfern überschwemmt worden, wo die Arbeitslosigkeit jeweils etwa fünfmal höher ist. Ein Nein am 25. September würde dem Ansehen der Schweiz massiv schaden. Schweizer Unternehmen würden kaum mehr öffentliche Aufträge in der EU erhalten. Und vor allem: Da die EU eine Diskriminierung einzelner Mitglieder nicht tolerieren kann, stehen sämtliche Abkommen der Bilateralen I auf dem Spiel. Der Schaden einer Kündigung wäre

Fortsetzung auf Seite 2



Edi Engelberger

Fortsetzung von Seite 1

für die Schweizer Wirtschaft und die KMU immens. Viele Unternehmen müssten sogar eine Verlagerung ihrer Aktivitäten in die EU in Betracht ziehen, Tausende von Arbeitsplätzen wären gefährdet.

Wirkungsvolle flankierende Massnahmen

Nicht nur lange Übergangsfristen, sondern auch ein ausgebautes System von flankierenden Massnahmen schützen den Schweizer Arbeitsmarkt. Verschiedene Massnahmen sind bereits seit Juni 2004 in Kraft. Diese sollen im Zusammenhang mit der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit nochmals verschärft werden. Die schweizerischen Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht missbräuchlich unterboten werden und gelten auch für ausländische Firmen, die Arbeitskräfte in die Schweiz entsenden. Bei allfälligen Verfehlungen können ausländische Firmen bis zu fünf Jahre vom Schweizer Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden. Die Kontrollen von kantonalen Arbeitsmarktsinspektoren und die scharfen Sanktionen helfen deutlich mit, Lohn- und Sozialdumping zu verhindern.

Der Schweizerische Gewerbeverband war anfänglich von den flankierenden Massnahmen nicht begeistert, denn er befürchtete eine Gefährdung des flexiblen Arbeitsmarktes, einer der letzten Trumpfkarten der Schweizer Wirtschaft. Aus übergeordneten Interessen und um den nachvollziehbaren Ängsten weiter Kreise der Bevölke-

rung vor Lohn- und Sozialdumping Rechnung zu tragen, hat sich der Schweizerische Gewerbeverband entschieden, die Revision der flankierenden Massnahmen zu unterstützen. Auch das in der laufenden Sommersession vom Parlament verabschiedete Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ist ein klarer Beweis, dass sowohl seitens der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer der Wille besteht, Missbräuchen am Arbeitsmarkt entschieden entgegenzutreten.

Fazit

Ein Nein am 25. September würde unsere hart erkämpften bilateralen Verträge mit der EU ernsthaft gefährden. Dies wäre für unsere Wirtschaft und damit auch für die KMU verheerend, denn die Bilateralen I und II sind für unser Land von eminenter Bedeutung. Bei einem Nein müsste der bilaterale Weg als gescheitert betrachtet werden.

Die Ängste weiter Kreise der Bevölkerung vor Lohndumping und dem Verlust des Arbeitsplatzes durch die Personenfreizügigkeit mit der EU sind jedoch ernst zu nehmen. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Abstimmungskampf mit fairen Mitteln und sachlichen Argumenten geführt wird. Eine Analyse der Vor- und Nachteile der Vorlage, über die wir am 25. September abstimmen werden, kann besonders aus gewerblicher Sicht nur zu einem Schluss führen, nämlich: Ja zur Personenfreizügigkeit! ■

Parlamentarier mobilisierten

12 000 Flugblätter und Schöggeli verteilt

Eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben am Morgen des 1. Juni in Bern an Passantinnen und Passanten 12 000 Flugblätter «Jetzt abstimmen», begleitet von Schokolade, verteilt. Mit diesem gemeinsamen überparteilichen Appell haben sie noch einmal auf die Vorteile von Schengen/Dublin für die Schweiz hingewiesen und die Schlussoffensive der Befürworter eingeleitet.

Nach monatelangem Einsatz im ganzen Land für Schengen/Dublin führten zahlreiche eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier des Parlamentarierkomitees am Rand der Sommersession eine gemeinsame Aktion durch. An verschiedenen Standorten in der ganzen Stadt wurden Passantinnen und Passanten mit Flugblättern und Schokolade aufgefordert, sich an der Abstimmung zu beteiligen und zu Schengen/Dublin ein Ja einzulegen. Die sympathische Aktion stiess auf reges Interesse und überzeugte sicher auch die einen oder anderen noch unentschiedenen Stimmenden. ■



FDP-Präsident Fulvio Pelli und der Schaffhauser Ständerat Peter Briner rüsteten sich für die Morgenaktion.



Die Berner Nationalrätin Christa Markwalder überzeugte einen weiteren Passanten von den Vorteilen von Schengen/Dublin.

Bildungsangebote und Ruhegehälter

Am 26. Oktober 2004 wurden die Bilateralen Abkommen II mit der EU in Luxemburg unterzeichnet. Sie wurden in der vergangenen Wintersession vom Parlament genehmigt. In einer Serie stellt der

«Freisinn» die neun Abkommen vor. In dieser Ausgabe finden Sie den letzten Teil mit Erläuterungen zu den Dossiers «Bildung, Berufsbildung, Jugend» und «Ruhegehälter».



Bildung, Berufsbildung, Jugend

Die Neuerungen in Kürze

- Die Schweiz beteiligt sich ab 2007 vollberechtigt an den EU-Programmen SOKRATES (Schulpartnerschaften, Lehrerweiterbildung, Hochschulzusammenarbeit, Förderung des Lernens von Fremdsprachen, Erwachsenenbildung), LEONARDO DA VINCI (berufliche Bildung) und JUGEND (ausserschulische Jugendaktivitäten).
- Die Verhandlungen über die Teilnahmebedingungen der Schweiz an den Programmen werden 2006 geführt. Es ist mit Kosten von rund CHF 25 Mio. pro Jahr zu rechnen.
- Schweizerische Veranstalter von Aktivitäten in den genannten Bereichen erhalten Zugang zu EU-Fördermitteln aus den Fonds der Programme.

Zusammenfassung:

Die Schweiz beteiligt sich seit 1994 im Rahmen einer «stillen» Partnerschaft vor allem im Hochschulbereich (ERASMUS-Austausch) am SOKRATES-Programm. Diese Teilnahme ist allerdings durch die EU jederzeit aufkündbar, und der Schweiz bleibt die Mitsprache bei der Gestaltung der Programmangebote verwehrt. Da aus juristischen Gründen ein Einstieg in die bis 2006 laufenden Programme nicht mehr möglich ist, nimmt die Schweiz ab 2007 vollberechtigt an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU teil. Wenn auch die genauen Modalitäten der Teilnahme erst nächstes Jahr geregelt werden sollen, lässt sich bereits heute abschätzen, dass die Schweiz mit einer Verdoppelung ihrer bisherigen Beiträge auf neu rund 25 Mio. Fr. pro Jahr zu rechnen hat.

Mit der Beteiligung an den EU-Programmen werden Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus der Schweiz internationale Erfahrungen ermöglicht. Grenzüberschreitendes Lernen ist nicht nur eine persönliche Bereicherung, sondern erhöht die Chancen auf dem Arbeitsmarkt und letztlich die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes.

Quelle: «Bildung, Berufsbildung, Jugend». Integrationsbüro EDA/EVD, www.europa.admin.ch



Ruhegehälter von EU-Beamten

Die Neuerungen in Kürze

- Da die EU auf allen Löhnen und Ruhegehältern ihrer Beamtinnen und Beamten unabhängig von deren Wohnsitz eine Quellensteuer erhebt, werden die Ruhegehälter von pensionierten EU-Beamten mit Wohnsitz in der Schweiz von der Bundes-, Kantons- und Gemeindebesteuerung befreit.
- Die Steuerausfälle in der Schweiz sind gering, da diese Regelung zurzeit nur rund 50 Rentnerinnen und Rentner betrifft.

Zusammenfassung:

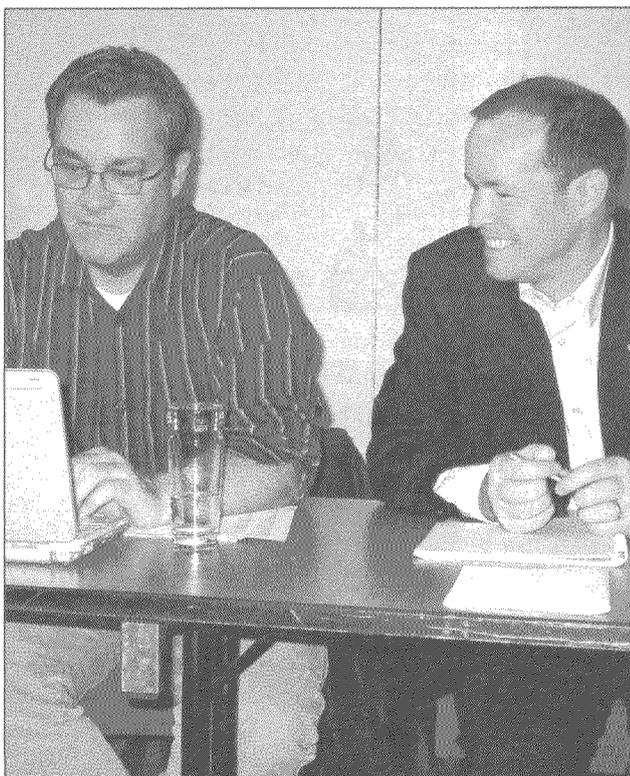
Die EU erhebt eine Quellensteuer auf den Löhnen und Ruhegehältern ihrer Beamtinnen und Beamten. Wählt ein pensionierter EU-Beamter seinen Wohnsitz in der Schweiz, bleibt seine Rente dieser Quellensteuer unterworfen. In der heutigen Situation wird die Rente aber auch in der Schweiz auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene besteuert. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge werden die Renten der pensionierten EU-Beamten mit Wohnsitz in der Schweiz folglich doppelt besteuert. Im Rahmen der Bilateralen Abkommen II wird dieses Problem nun dadurch gelöst, dass die Schweiz diese Renten von der Einkommenssteuer befreit.

Quelle: «Ruhegehälter». Integrationsbüro EDA/EVD, www.europa.admin.ch

Seminar der FDP-Kantonalsekretäre in luftiger Höhe

Wahlen 2007 und Medienarbeit standen im Mittelpunkt

Die Sekretärinnen und Sekretäre der FDP-Kantonparteien trafen sich kürzlich auf dem Berner Hausberg Gurten zu ihrem halbjährlichen Seminar. Gut gelaunt unternahmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Arbeitsgruppen einen ersten Ausblick auf die eidgenössischen Wahlen 2007. Dabei konnten viele Vorschläge und Ideen für einen erfolgreichen freisinnigen Wahlkampf eingebracht und diskutiert werden. In einem zweiten Schwerpunkt wurden dann nach dem Mittagessen bei einem Referat und anschließender Diskussion verschiedene Aspekte einer professionellen Medienarbeit behandelt.



Ohne Humor kein erfolgreicher Wahlkampf: Rudy J. Wieser (links) und Thomas Wehrich.



Interessiertes Zuhören und intensives Nachdenken bei der Diskussion im Plenum: (v. l. n. r.) Rudy J. Wieser (Zug), Thomas Wehrich (Thurgau), Sandra Nef (Appenzell Ausser-rhoden), Felix Keller (St. Gallen), Ursula Junker (Schaffhausen) und Petra Bühlmann (Schaffhausen).



Voller Einsatz für die FDP: Irene Thalmann (FDP-Frauen, links) und Edith Haller (FDP Aargau).



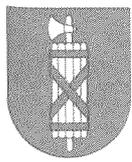
Sind Franz Stämpfli (Bern, links) und Stefan Dettling nicht gleicher Meinung?



Eine der kreativen Arbeitsgruppen mit (v. l. n. r.) Stefan Dettling (Schwyz), Andrea Trümpy (Glarus) und Ruedi Schoch (Nidwalden) und im Hintergrund FDP-Generalsekretär Guido Schommer.

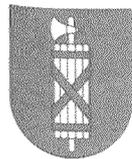
St. Gallen

Ja zur Uni-Sanierung

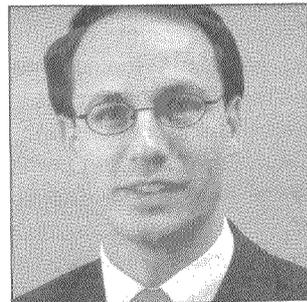


Die FDP des Kantons St. Gallen ist hoch erfreut über das deutliche Volks-Ja (66,4%) vom 5. Juni zur baulichen Sanierung und Erweiterung der Universität St. Gallen. Die FDP hatte sich im Abstimmungskampf federführend für eine qualitativ wie infrastrukturell erstklassige Universität St. Gallen eingesetzt. ■

Neuer Kantonalpräsident



Kantonalpräsident Andreas Zeller übergab am Parteitag vom 3. Juni das Zepter der FDP des Kantons St. Gallen in jüngere Hände. Sein Nachfolger ist Kantonsrat Marc Mächler aus Zuzwil. Regierungsrätin Karin Keller-Sutter würdigte die grossen Verdienste von Andreas Zeller in einer persönlichen Laudatio. «Richte dein Pferd gerade und reite es vorwärts», dieser Leitspruch prägte das erfolgreiche und äusserst engagierte Handeln von Andreas Zeller über seine 5-jährige Tätigkeit hinweg. Marc Mächler wurde 2000



Marc Mächler

Basel-Landschaft

KMU profitieren von FDP-Initiativen



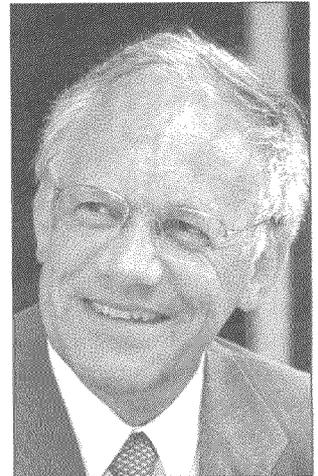
Mit der wuchtigen Annahme der beiden KMU-Initiativen von FDP-Nationalrat und Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, Hans Rudolf Gysin, haben die Baselbieter Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 5. Juni deutlich gemacht, dass sie eine Förderung und Entlastung der Baselbieter Betriebe, welche das Rückgrat unseres wirtschaftlichen Wohlstandes bilden, als dringend und zwingend erachten. Die FDP Baselland hatte sich im Abstimmungskampf auf Podien, mit Plakataktionen, im Testimonial-Inseraten und Leserbriefen mit sehr viel Engagement für diese Abstimmungsvorlagen eingesetzt. ■

Bern

Bekennnis zu Lehrstellen



Wie die «Sonntags-Zeitung» kürzlich berichtete, schafft der Langenthaler FDP-Nationalrat Johann Schneider-Ammann auf diesen Sommer in seiner Ammann Group fünf neue Ausbildungsplätze. Damit kommt er im sonntäglichen Firmenvergleich auf den Rekordwert von 11,4 Lehrstellen pro 100 Mitarbeiter. Schneider-Ammann meint dazu: «Ein Unternehmer hat auch einen gesellschaftlichen Auftrag. Er muss ihn in allen Zeiten wahrnehmen, besonders in Krisenzeiten.» Der «Freisinn» hat dieser Haltung nichts beizufügen und gratuliert dem vorbildlichen Unternehmer und Politiker. ■



Johann Schneider-Ammann

Appenzell Ausserrhoden

Neue Kantonalsekretärin



Vor einigen Wochen hat Christine Schmid nach mehrjähriger verdienstvoller Amtszeit ihre Tätigkeit als Sekretärin der FDP Appenzell Ausserrhoden abgegeben. Ihre Nachfolgerin ist Sandra Nef aus Urnäsch. Der «Freisinn» wünscht der Kantonalsekretärin einen guten Start in ihrer neuen Funktion für die erfolgreiche Ausserrhoder FDP. ■

Graubünden

FDP begrüsst Porta-Alpina-Entscheid

Von Silvio Zuccolini, Pressechef der FDP Graubünden, Scharans GR



Die FDP Graubünden begrüsst den Entscheid des Bundesrates, die Planung der Porta Alpina in Sedrun weiterzuführen. Die FDP hat sich bereits im Anfangsstadium der Diskussion um die Porta Alpina stark dafür eingesetzt. Die FDP freut sich für diese Chance für die Surselva und den Kanton Graubünden – sowohl aus touristischer wie auch aus wirtschaftlicher Sicht. Der Grundsatzentscheid des Bundesrates zeigt, dass sich der Einsatz für visionäre Projekte auch in der heutigen Zeit durchaus lohnt und sich auch heute noch Visionen realisieren lassen. Dass es auch tatsächlich zur Realisierung der Porta Alpina kommt, setzt nun noch die Präzisierung der raumplanerischen Entwicklungsmöglichkeiten für die Region voraus.

Diese Abklärungen müssen nun, gestützt auf die bereits bestehenden Projekte und Studienarbeiten, rasch an die Hand genommen werden.

Die FDP ist überzeugt, dass mit diesem erfreulichen bundesrätlichen Grundsatzentscheid auch andere visionäre Projekte im Kanton Graubünden wie zum Beispiel der Davoser Turm, das Biomassekraftwerk in Domat/Ems, das Grosssägewerk usw. dadurch Auftrieb erhalten werden. ■



Der freie Personenverkehr bringt viele Vorteile

Werkplatz Schweiz sichern, Arbeitsplätze stärken, Arbeitslosigkeit abbauen

Bei der Abstimmung vom 25. September zur Erweiterung des freien Personenverkehrs auf die 10 neuen EU-Mitgliedstaaten geht es um die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz und um einen starken schweizerischen Binnenmarkt – somit um Arbeitsplätze für uns alle und um unsere Zukunft. Bald jeder merkt es: Seit dem Nein zum EWR verlieren wir an Boden. Unsere Firmen investieren in anderen Ländern, Arbeit und Arbeitsplätze nehmen ab, unser Wachstum ist das schwächste in Europa, unsere Arbeitslosigkeit dreimal höher als noch vor gut 10 Jahren.

Von Werner Messmer,
Nationalrat und Präsident
des Schweizerischen
Baumeisterverbandes,
Sulgen TG

Einen entscheidenden Beitrag zu einer hoffnungsvolleren Entwicklung können wir am 25. September leisten, wenn wir über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die 10 neuen EU-Mitgliedstaaten abstimmen. Speziell als Vertreter einer typischen Binnenmarktbranche (Baugewerbe) weiss ich, dass wir alle auf eine florierende Exportwirtschaft angewiesen sind. Rund die Hälfte unserer Einnahmen stammen direkt oder indirekt aus dem Export. Dabei ist Europa unser grösster Abnehmermarkt. Die internationale Konkurrenz schläft nicht. Darum braucht unsere Exportindustrie gleich lange Spiesse, also diskriminierungsfreie, unkomplizierte Marktzugänge in alle EU-Länder. Denn nur wenn wir unserer Exportindustrie den Zugang zu den internationalen Märkten mit guten

bilateralen Verträgen ebnen, bleibt der Standort Schweiz interessant.

Gravierende Folgen eines Neins

Das auf die Binnenwirtschaft ausgerichtete Gewerbe ist ebenso wie wir Baumeister massiv auf einen florierenden Export aus der Schweiz angewiesen. Wer meint, die Schweiz fahre mit einem Nein am 25. September besser, verkennt eine Reihe von Tatsachen:

1. Die EU wird nicht dulden können, dass die Schweiz zwei Kategorien von EU-Mitgliedsländern schafft, nämlich solche mit Personenfreizügigkeit und solche ohne. Stellen Sie sich vor, die EU würde gewisse Teile der bilateralen Verträge nur für die deutsche Schweiz, nicht aber für die Romandie anerkennen. Was für ein Aufschrei und eine Empörung gingen durch unser Land!

Es ist deshalb davon auszugehen, dass auf vielfältige Art und Weise Druck auf unser Land ausgeübt

wird. Zuerst werden es unsere Unternehmen, welche in diese Wachstumsmärkte liefern möchten, spüren und, der Not gehorchend, vermehrt der Schweiz als Standort den Rücken kehren. Das bedeutet Arbeitsplatzabbau, weniger Aufträge für unser Zuliefergewerbe, mehr Arbeitslose. Letztlich droht sogar die Kündigung des ganzen Paketes der Bilateralen I, denn so sieht es die sogenannte Guillotine-Klausel im Abkommen zum freien Personenverkehr vor. In diesem Falle spricht die «Swissmem» zu Recht von einem wirtschaftlichen GAU!

2. Eine erfolgreiche Exportwirtschaft schafft Arbeit in unserem Land und Arbeitsplätze für unsere Bevölkerung. Mit einem Nein vertreiben wir Exportunternehmen aus unserem Land und bedrohen somit unsere eigenen Arbeitsplätze.

3. Die höchsten Wachstumsraten in Europa verzeichnen die neuen EU-Mitgliedstaaten. Hier geht in den kommenden Jahren die Post ab, und hier muss unsere Industrie erfolgreich auftreten können. Allein Lettland erreichte 2004 ein Wachstum von 8,5%, Litauen 6,7%, Estland 6,2%, die Slowakei 5,5%, Polen 5,3% und Schlusslicht Ungarn immer noch 4%. Mit einem Nein erschweren wir unseren Schweizer Unternehmen



Werner Messmer

nicht nur den Zugang in diese Länder, sondern gefährden einen erfolgreichen Kampf speziell um öffentliche Aufträge im ganzen EU-Raum.

4. Nicht nur meine Bauwirtschaft, sondern alle binnenmarktorientierten Betriebe, ob in Handwerk, Detailhandel oder Dienstleistung tätig, sind letztlich voneinander abhängig. Impulse von innen werden immer schwieriger. Wir sind auf den Erfolg unserer Exportindustrie in neuen Märkten angewiesen. Dies beeinflusst nicht nur entscheidend unseren Wirtschaftsgang, sondern auch die so wichtige Konsumentenstimmung.

5. Ängste vor Dumpingangeboten wegen tieferen Löhnen sind ernst zu nehmen. Gerade aus diesem Grund wurden die bereits bestehenden flankierenden Massnahmen erweitert und aufgrund der bisherigen Erfahrungen verbessert. Diese Massnahmen verhindern nicht alles, garantieren aber eine er-

folgreiche Bekämpfung von Missbräuchen. Wir wollen keinen Wettbewerb über die Löhne, sondern einen fairen Konkurrenzkampf über die Leistung und Qualität mit gleich langen Spiesen.

Nun ist Engagement gefragt

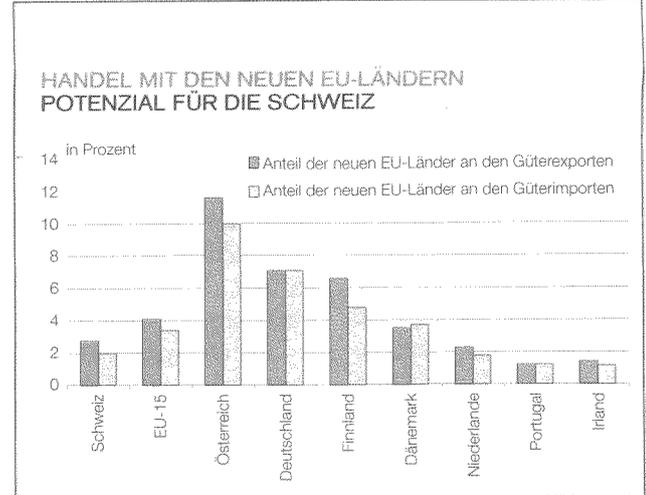
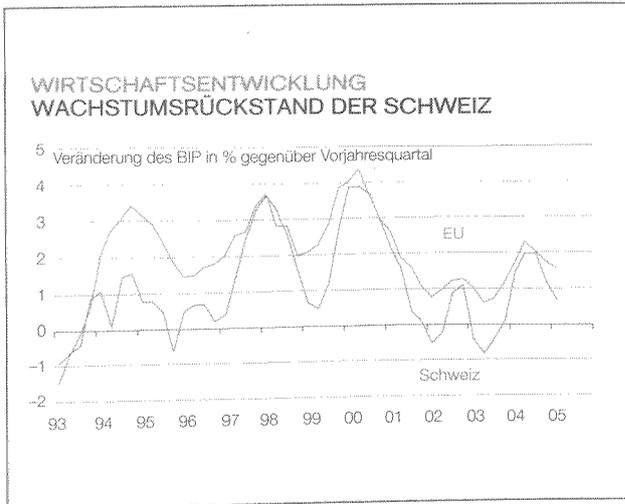
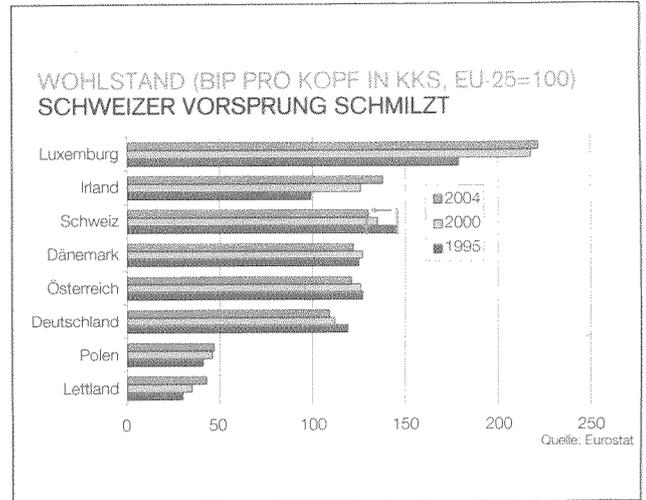
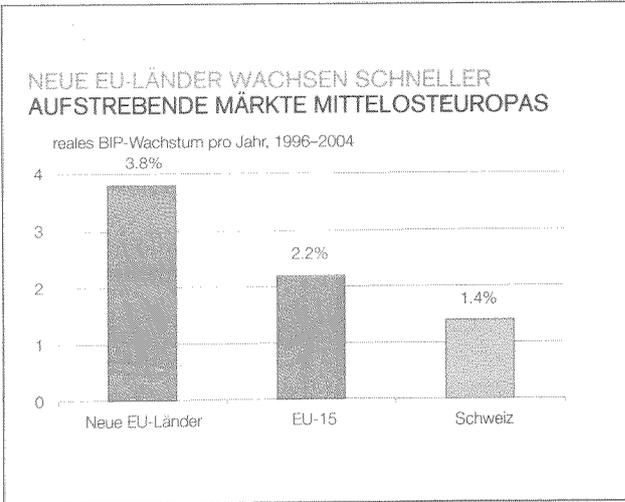
Ich rufe Sie auf: Nehmen Sie diese Abstimmung nicht auf die leichte Schulter. Verlassen Sie sich nicht auf die anderen. Es braucht Ihren Einsatz. Legen Sie Ihre Zurückhaltung ab und überzeugen Sie Ihr Umfeld, Ihre Arbeitskollegen, Ihre Angestellten. Auch Sie als Unternehmer dürfen Ihre vornehme Zurückhaltung aufgeben. Als verantwortungsbewusste Staatsbürger engagieren wir uns gerade dann, wenn es um wirtschaftliche Kompetenz und um derart wichtige Fragen für die gesamte Volkswirtschaft geht.

Ein Nein wirft uns um Jahre zurück – ein Ja gibt uns die Chance, dabei zu sein. ■

Der freie Personenverkehr mit der EU nützt der Schweiz

Beziehungen mit Wachstumsstaaten im Interesse unseres Landes

Mit der Ausweitung des freien Personenverkehrs auf die zehn neuen EU-Mitgliedsländer sichert sich die Schweiz den wirtschaftlichen Zugang zu Märkten, die kontinuierlich wachsen und ihr Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft haben. Wie aus einigen der folgenden Grafiken zu entnehmen ist, hat die schweizerische Volkswirtschaft neue Wachstumsimpulse dringend nötig. Mit einem Ja am 25. September zum freien Personenverkehr mit der EU stellen Sie die Weichen deshalb richtig.



Impressum

Schweizer Freisinn

27. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 71.160 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion: Nico Zila
Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail zila@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

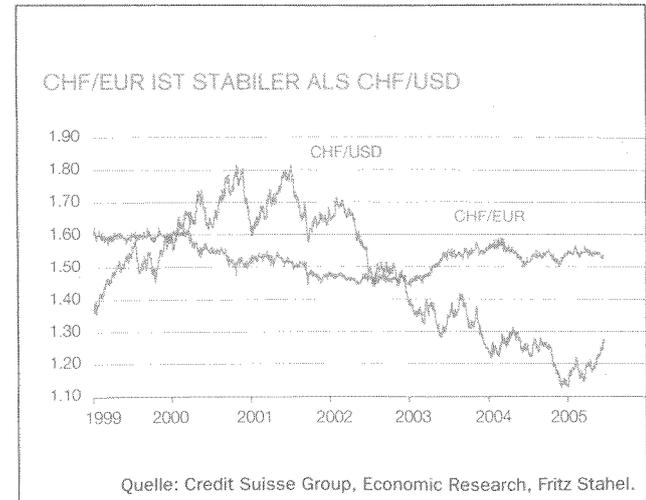
TrisCom-Media AG
Bündtenstrasse 10
4410 Liestal
Telefon 061 926 93 33
Fax 061 926 93 30
E-Mail verkauf@triscom.ch
Internet www.triscom.ch

Layout/Druck

NZZ Print
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 044 258 18 94
Fax 044 258 18 99
ISDN 044 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

**AUSLÄNDISCHE WOHNBEVÖLKERUNG
EIN PAAR FAKTEN**

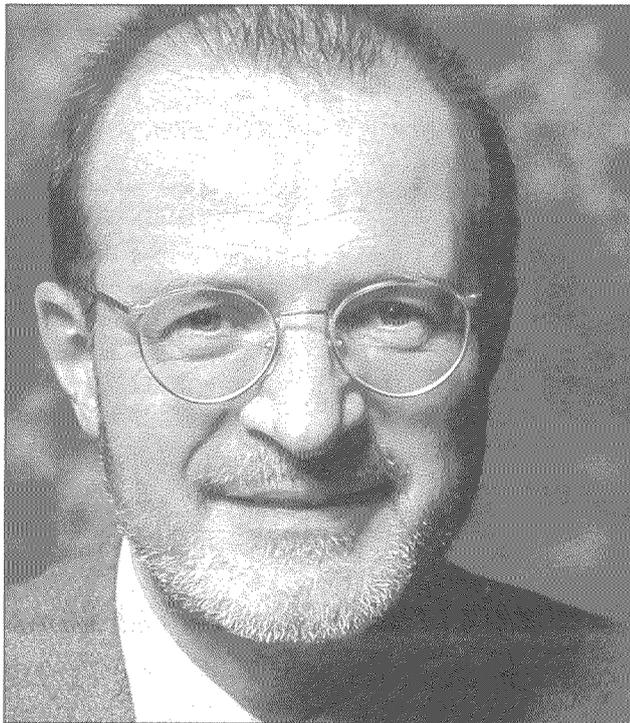
	April 2005		April 2002		Veränderung	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
EU-15/Efta	855 101	57.0	807 958	56.5	+ 47 143	+ 5.8
Italien	298 814	19.9	311 604	21.8	+ 12 790	- 4.1
Portugal	162 814	10.9	136 252	9.5	+ 26 562	+19.5
Deutschland	148 219	9.9	119 029	8.3	+ 29 190	+24.5
Spanien	73 565	4.9	80 498	5.6	- 6 933	- 8.6
Frankreich	67 361	4.5	62 300	4.4	+ 5 061	+ 8.1
Neue EU-Länder	18 979	1.3	17 618	1.2	+ 1 361	+ 7.7
Nicht EU/Efta	626 432	41.7	603 998	42.3	+188 355	+ 3.7
Total	1 500 512	100	1 429 574	100	+ 70 938	+ 5.0
Ausländeranteil		20.3		19.8		



Einsatz für den freien Personenverkehr

Liebe Freisinnige

«Chancen packen statt jammern!» Diese Aussage gehört zu uns Freisinnigen. Wir haben keine Angst vor der Zukunft, denn wir sehen die Chancen. Wir haben keine Angst vor Veränderungen, denn wir sehen die Chancen. Und: Wir haben keine Angst vor Europa, denn wir sehen in der Zusammenarbeit mit der EU eine Chance.



Die Abstimmung vom 25. September ist für die Schweiz von grosser Bedeutung. Es geht nicht nur um eine Vorlage. Es geht vielmehr um die grundsätzliche Frage unserer Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, insbesondere in Wirtschaftsfragen. Wir brauchen diese Zusammenarbeit.

Wir? Nicht die Politiker: Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in diesem Land, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land, unsere Familien, unsere Kinder. Es ist ein Entscheid für unsere Zukunft. Wir brauchen eine starke Wirtschaft, wir brauchen Märkte, in denen wir uns entfalten können. Abschottung bringt uns nicht weiter, sondern führt uns je länger, je mehr in den Abgrund. Wer die Wirtschaft und die Politik permanent schlecht redet, schafft keine Arbeitsplätze. Wer die Augen vor der Realität verschliesst, schafft kein Wachstum. Worüber wir am 25. September abstim-

men, sind massgeschneiderte Verträge mit unserem wichtigsten Handelspartner, mit unserem Nachbarn, der uns auf allen Seiten umgibt. Es sind Verträge, die in harten Auseinandersetzungen zwischen Partnern ausgehandelt wurden. Auf den Verhandlungserfolg darf die Schweiz stolz sein.

Die Bestätigung des bilateralen Weges ist für uns alle zu wichtig, als dass wir dem Resultat vom 25. September ohne Spannung entgegenblicken könnten. Bis zu diesem Tag braucht es von uns Freisinnigen den vollen Einsatz. Vom Parteimitglied an der Basis bis zum Bundesrat müssen wir uns alle mit grossem Engagement für einen Erfolg einsetzen. Ich fordere Sie daher auf: Unter-

stützen Sie mit Ihrem Einsatz die FDP, damit wir am 25. September eine Mehrheit des Schweizer Volkes hinter der Ausdehnung des Personenverkehrsabkommens wissen. Packen wir die Chance und kämpfen wir gemeinsam für diese wichtige Abstimmung. Es steht zu viel auf dem Spiel, als dass wir nur zuschauen könnten. Wir würden bei einem Nein nicht nur das Personenverkehrsabkommen verlieren, sondern allenfalls alle sieben Abkommen der Bilateralen I. Diese errungenen Vorteile dürfen wir nicht aufs Spiel setzen.

Wir Freisinnigen setzen uns ein für eine florierende Wirtschaft, für Arbeitsplätze und für gute Beziehungen mit dem Ausland. Mit anderen Worten: Wir

**Bestellitalon für Abstimmungsmaterial
Personenverkehrsabkommen
vom 25. September 2005**

Plakate FDP

(F4: 90×128 cm, A3: 29×41 cm)

- F4 in Deutsch (verfügbar ab August 2005)
Anzahl: _____
- A3 in Deutsch (verfügbar ab August 2005)
Anzahl: _____

Flyer FDP

- In Deutsch (verfügbar ab August 2005)
Anzahl: _____

Argumentarium

- In Deutsch (verfügbar)
Anzahl: _____
- Foliensatz Referat deutsch (verfügbar)
Anzahl: _____

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

E-Mail: _____

Bitte um Rücksendung an das Generalsekretariat FDP,
Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax an 031
320 35 00.

Freisinnigen setzen uns ein für die bilateralen Verträge.

Nutzen Sie die Möglichkeit und organisieren Sie Standaktionen, verteilen Sie unsere Flyer, machen Sie Werbung in Ihrer Nachbarschaft und überzeugen Sie Ihre Umgebung. Wir haben eine gute Chance am 25. September, aber wir müssen sie packen. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir im Nachhinein über die verpasste Chance

jammern müssen. Denn: Wir Freisinnigen nutzen Chancen statt zu jammern! Für Ihre Unterstützung in diesem wichtigen Abstimmungskampf danke ich Ihnen bestens. Es gibt mir Motivation, Sie an meiner Seite zu wissen und gemeinsam mit Ihnen den Abstimmungskampf zu bestreiten.

Mit freisinnigen Grüssen,

Fulvio Pelli

Liberaler Lösung setzt sich durch

FDP sei Dank

Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben am 5. Juni das Partnerschaftsgesetz angenommen. Das zeigt, dass es gelungen ist, viele Vorurteile gegenüber gleichgeschlechtlich orientierten Menschen abzubauen – auch dank dem grossen Einsatz der FDP.

Von Lilian Schaufelberger,
Präsidentin RADIGAL,
Zürich

1995 wurde die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Liebe» eingereicht. Am 5. Juni sagte das Schweizer Stimmvolk ja zum «Partnerschaftsgesetz für gleichgeschlechtliche Paare». Zehn Jahre von der Petition bis zum Gesetz – das ist ein langer Weg. In der Zwischenzeit führten rund um die Schweiz mehrere Länder Gesetze ein, welche das Zusammenleben gleichgeschlechtlicher Paare regeln, und bei einigen dauerte dies nur wenige Monate. Hätte es nicht auch bei uns etwas schneller gehen sollen?

Einstellungen haben sich verändert...

Nicht immer ist es gut, wenn Veränderungen schnell geschehen. Ich bin froh, dass dieser Prozess so lange gedauert hat. Denn meiner Ansicht nach hat die Schweiz heute mehr als bloss ein Gesetz, das es gleichgeschlechtlichen Paaren erlaubt, ihrer

Beziehung einen rechtlichen Rahmen zu geben. Auf dem zehnjährigen Weg von der Petition bis zur Volksabstimmung hat sich nicht nur das Partnerschaftsgesetz verändert, sondern auch die Einstellung der Schweizerinnen und Schweizer zum Thema Homosexualität.

Vor 10 oder 15 Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass ich bei einem Vorstellungsgespräch sage: «Ich bin Präsidentin von RADIGAL, einer Gruppe für die Interessen von Lesben und Schwulen in der FDP.» Man sprach nicht öffentlich über dieses Thema und wenn, dann immer aus einer sehr einseitigen Perspektive. Die Vorurteile gegenüber Lesben und vor allem Schwulen wurden so oft wiederholt, dass sie irgendwann als allgemein bekannte Tatsachen hingenommen wurden.

... ungerechtfertigte Vorurteile brechen zusammen

Das Abbauen von Vorurteilen, Ressentiments und über Generationen weitergegebenen Unwahrheiten braucht viel Zeit. Vor allem braucht es aber auch viele mutige Menschen, die bereit sind, sich zu exponieren und mit ihrem Coming-out Nachbarinnen, Vorgesetzten, Freunden und Arbeitskolleginnen aufzuzeigen, dass Lesben und Schwule «ganz normale Menschen» sind. Es braucht Männer und Frauen, die bereit sind, in der Öffentlichkeit über so



Lilian Schaufelberger

private, intime Dinge wie die Partnerschaft zu sprechen. Denn nur wenn die Mitmenschen erkennen, dass gleichgeschlechtliche Beziehungen so wertvoll, so intensiv, so beständig und manchmal auch so schwierig wie heterosexuelle Beziehungen sein können, gestehen sie diesen auch ähnliche Rechte und Pflichten zu.

Einen Menschen zu finden, der bereit ist, mit einem durchs Leben zu gehen, der einen liebt und zu dem man nach Hause kommen kann, ist wohl das grösste Glück, das einem widerfahren kann. Wir alle suchen diesen Menschen. Und haben wir ihn einmal gefunden, wollen wir für diesen Menschen da sein – in guten wie in schlechten Zeiten. Mit dem Partnerschaftsgesetz ist dies nun endlich auch für Frauen- und Männerpaare möglich.

Viele der alten Vorurteile sind im Laufe der letzten zehn Jahre verschwunden. Das Thema Homosexua-

lität wird heute genauso selbstverständlich diskutiert wie die Ergebnisse des letzten Fussballspiels, und wenn Herr und Frau Schweizer heute von Lesben und Schwulen sprechen, dann haben sie vor ihrem geistigen Auge ihren sympathischen Nachbarn, die nette Arbeitskollegin oder ihren Chef. Das ist der wahre Erfolg dieser Kampagne!

Freiheit und Verantwortung

Der freisinnige Grundsatz der Freiheit und Verantwortung soll nicht nur dann gelten, wenn es um eine Mehrheit geht, der wir angehören, oder um ein Thema, das uns persönlich betrifft. Nein, er soll auch für Minderheiten gelten. Selbst dann, wenn wir ihnen nicht angehören, lohnt es sich, für die Freiheit zu kämpfen. Denn nur ein Land, das auch Minderheiten integriert, ist ein liberales Land.

Dass die FDP diesen Grundsatz wahr und ernst

nimmt, hat sie in dieser Abstimmung bewiesen. Viele Freisinnige, sowohl auf nationaler, kantonaler wie auch kommunaler Ebene, haben sich aktiv und mit viel Herzblut für das Partnerschaftsgesetz eingesetzt. Sie haben den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern klar gemacht, worum es in dieser Abstimmung geht und dass ein Ja zum Partnerschaftsgesetz auch ein Ja zu einer liberalen Gesellschaft ist. Damit haben sie nicht nur dem Gesetz geholfen, sondern auch das Image der Partei gestärkt und aufgebessert.

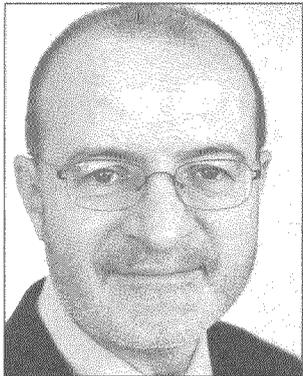
Danke für den grossen Einsatz

Von allen Freisinnigen, welche diese Kampagne unterstützten, möchte ich zweien ganz besonders danken. Zum einen ist dies Barbara Perriard, die Generalsekretärin der FDP-Frauen, die mit ihrem unermüdlichen Einsatz manchmal fast Unmögliches geschafft hat. Zum anderen ist dies Ständerat Rolf Schweizer. Sein Engagement begann schon vor zwei Jahren, als das Gesetz unter seiner Leitung in der Rechtskommission des Ständerates vorberaten wurde. Seine klaren und beherzten Worte haben das Partnerschaftsgesetz durch den Abstimmungskampf begleitet und zu diesem grossartigen Sieg beigetragen. ■

Union der Freisinnigen und Liberalen gegründet

Delegierte beider Parteien befürworten engere Zusammenarbeit

Die Delegierten der FDP Schweiz und der Liberalen Partei der Schweiz (LPS) beschlossen an der gemeinsamen Delegiertenversammlung vom 25. Juni in Neuenburg die Gründung der Union der Freisinnigen und Liberalen (UFL). Der «Freisinn» lädt Sie ein, die Ansprache von FDP-Präsident Fulvio Pelli zu den Zielen einer noch intensiveren Zusammenarbeit der beiden Parteien zu lesen.



Fulvio Pelli

zenplätze. Worum geht es beim Seilziehen? Ein Team muss gemeinsam mit möglichst viel Wille und Kraft in die gleiche Richtung ziehen. Dann – und nur dann – kann man in diesem Sport gewinnen. Liebe Freisinnige, liebe Liberale, wir stellen heute ein Seilziehteam zusammen. Wir packen gemeinsam an. Damit ist es aber noch nicht getan. Wir müssen auch gemeinsam mit aller Kraft und in dieselbe Richtung ziehen, um unser Ziel zu erreichen:

eine Schweiz mit einer freisinnig-liberalen Zukunft.

Auf der Überholspur vorwärts

Weshalb wollen und müssen wir für diese liberalen Werte kämpfen? Die Antwort auf diese Frage ist ganz einfach: Weil uns unser Land nicht egal ist, weil uns die Bürgerinnen und Bürger nicht egal sind. Liberale Werte zeichnen sich durch eines ganz besonders aus: Sie sind auf die Zukunft ausgerichtet. Währenddem sich andere krampfhaft am altbewährten Ast festklammern und diesen gleichzeitig absägen, wollen wir nicht einfach dort stehen und sitzen bleiben, wo wir sind. Denn wer stehen bleibt, wird überholt. Wir wollen nicht, dass die Schweiz auf der Kriechspur in die Zukunft tuckert, währenddem Europa und die Welt auf der



Fulvio Pelli bei seiner Ansprache in Neuenburg.

Überholspur an uns vorbeiflitzen.

Angst ist schlechte Ratgeberin

Im gesellschaftlichen Bereich gelingt es uns immer wieder, liberalen Positionen zum Durchbruch zu verhelfen. Aktuellstes Beispiel ist die klar gewonnene Abstimmung zum Partnerschaftsgesetz. Diese liberale Gesellschaftspolitik schafft die Grundlagen, damit die Bürgerinnen und Bürger in Freiheit ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten können. Diese liberale Lebensgestaltung ist die Voraussetzung dafür, dass sich Individuen entfalten können, denn nur dann können sich auch liberale Tugenden wie Erfindergeist, Kreativität, Risikobereitschaft, Durchhaltevermögen und Kampfegeist entfalten. Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, dann reicht es eben nicht, dass wir uns an das Althergebrachte

klammern. Dann brauchen wir eben diese Tugenden. Wenn es nach den starken unliberalen Kräften in diesem Land ginge, dann müssten wir vor allem eines haben: Angst. Angst vor Ausländern, Angst vor Arbeitsplatzverlust, Angst vor Europa und vor der Welt. Schlicht Angst vor der Zukunft. Es ist keine Schande, gelegentlich Angst zu haben. Die ganze Kraft muss aber dafür eingesetzt werden, diese Ängste zu bekämpfen und nicht zu schüren, wie dies in unserem Land zu viele machen. Wir wollen gegen diese Ängste kämpfen – gemeinsam und mit Selbstvertrauen. Wir wollen aufzeigen, dass es Veränderungen braucht – in der Gesellschaft und in der Wirtschaft –, um für die Zukunft gewappnet zu sein. ■ Deshalb kämpfen wir für die Fortführung des bilateralen Wegs mit der EU. Wir können und müssen die Vorteile des Zugangs zu den europäischen Märkten

Von Fulvio Pelli, Nationalrat und Präsident der FDP Schweiz, Sorengo TI

Sie alle kennen sicher die Sportart Seilziehen. Es ist ein Sport, den bereits die alten Griechen betrieben haben. Seilziehen ist zwar nicht olympisch, aber es gibt Weltmeisterschaften, und bei denen belegt die Schweiz regelmässige Spit-

Ja zu Schengen/Dublin und zum Partnerschaftsgesetz

Herzlichen Dank für Ihren grossen Einsatz!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freisinnige

Wir möchten Ihnen herzlich für Ihren grossen persönlichen Einsatz für die Abstimmungen über Schengen/Dublin und das Partnerschaftsgesetz danken! Dank der Überzeugungsarbeit in Ihrem Umfeld konnten diese beiden für Freisinnige wichtigen Vortagen nach einem harten Abstimmungskampf letztlich deutlich gewonnen werden.

Die Abstimmung vom 25. September über die Erweiterung des freien Personenverkehrs mit den zehn neuen EU-Staaten fordert noch einmal unseren vollen Einsatz. Wir freuen uns, auch in den nächsten Wochen auf Sie zählen zu dürfen!

nutzen. Dafür ist ein Ja zum freien Personenverkehr am 25. September notwendige Voraussetzung.

■ Deshalb wollen wir das Steuersystem reformieren. Die existierenden Ungerechtigkeiten müssen beseitigt werden und Anreize für Investitionen sind zu schaffen.

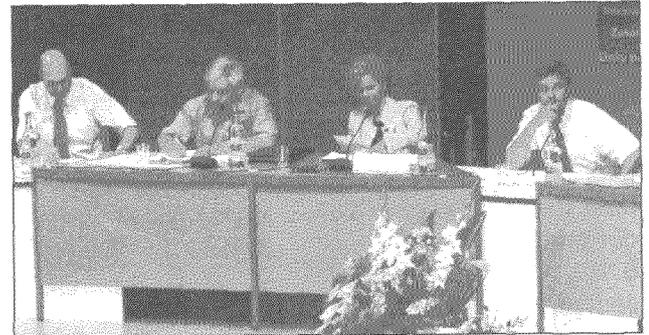
■ Deshalb wollen wir den Vorschriften- und Verbotsdschungel ausforsten. Mit der schweizerischen Regel flut blockieren wir uns selbst.

Zusammenführen, was zusammengehört

Beim Seilziehen, liebe Freisinnige, liebe Liberale, kann man sich einfach quer stellen und dann passiert nichts mehr – es geht weder vorwärts noch rückwärts. Genau das betreiben heute die unliberalen Kräfte in diesem Land. Deshalb brauchen die

Wählerinnen und Wähler eine Alternative zum Konservatismus. Sie wollen eine Alternative zur unheiligen Allianz der Polarisierer. Diese Leute wollen wir mit der Union der Freisinnigen und Liberalen ansprechen. Ihnen wollen wir eine Heimat und eine Zukunftsperspektive geben. Dafür braucht es – wie beim Seilziehen auch – einen Ruck, um die Blockierung zu lösen. Ein solcher Ruck geht mit der Gründung der Union durch alle Freisinnigen und Liberalen. Ein erster Schritt auf dem Weg hin zu dieser Union wurde vor zwei Jahren mit der Bildung einer gemeinsamen Fraktion auf eidgenössischer Ebene gemacht. Die Idee dahinter ist einfach: Weshalb soll man trennen, was zusammengehört? Selbstverständlich sind wir uns der unterschiedlichen Befindlichkeiten auf lokaler und regionaler, manchmal

auch auf personeller Ebene bewusst. Die Wählerinnen und Wähler verstehen aber diese Unterscheidungen nicht mehr. Für sie zählt nur, dass es eine starke Kraft gibt, die für liberale Anliegen kämpft. Für diese Anliegen kämpfen wir ganz konkret. Zum Beispiel wie heute mit einer Resolution zur Wirtschaftspolitik. Oder wir organisieren gemeinsame Veranstaltungen, wie beispielsweise Fachtagungen und die Sommeruniversität – beides Plattformen, um konkret über liberale Lösungen für anstehende Probleme zu diskutieren. Die Union der Freisinnigen und Liberalen ist keine Partei, sie ist eine Bewegung, welche liberal denkende Bürgerinnen und Bürger vereint, damit wir gemeinsam unsere Ziele erreichen. Deshalb fordere ich Sie auf: Packen Sie mit an! Ziehen Sie mit!



Im Anschluss an die Gründung der Union widmete sich ein kompetent besetztes Podium der liberalen Wirtschaftspolitik: (v. l. n. r.) Nationalrat Markus Hutter (ZH), Ständerat Rolf Schweiger (ZG), alt Nationalrätin Regina Ammann Schoch (AG) und Gesprächsleiter Luzi Bernet («NZZ am Sonntag»). Nicht auf dem Bild: Michel Barde.



Sie präsentierten das Programm der Sommeruniversität vom 2./3. September: OK-Präsident und alt Nationalrat Jean-Marc Narbel und FDP-Fraktionssekretär Bruno Henggi (links).

Aktion «Speranza» auch in Graubünden

Freisinnige unterstützen Jugendliche bei der Lehrstellensuche

Was die FDP Baselland bereits seit einigen Jahren erfolgreich anbietet, hat die FDP Graubünden nun auch lanciert: Jugendlichen, welche 3 Monate vor Lehrbeginn trotz intensiver Suche leider noch keine Lehrstelle gefunden haben, soll freisinnige Hilfe angeboten werden.

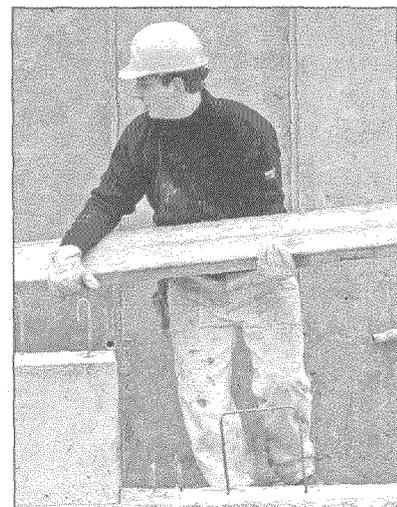
Von Silvio Zuccolini, Pressechef der FDP Graubünden, Scharans GR

Die FDP Graubünden möchte diesen Jugendlichen helfen und ihnen neue Hoffnung geben. Einer sogenannten «Gotta» oder einem «Götti» ist es dank dem Bezie-

hungsnetz zur Wirtschaft und insbesondere zu Klein- und Mittelbetrieben eher möglich, Ausbildungsbetriebe zu finden, die bereit sind, diesen Jugendlichen eine Lehrstelle anzubieten. Bereits haben sich mehr als 30 Exponenten der FDP Graubünden als Gotta oder Götti bereit erklärt, aktiv bei der Lehrstellensuche mitzuwirken. Als Wirtschaftspartei ist der FDP Graubünden sehr viel daran gelegen, dass Handel, Industrie, Gewerbe und Dienstleistungsbetriebe Lehrlinge ausbilden, damit auch in Zukunft alle Berufsgattungen über genügend qualifizierte und gut ausgebildete Fachkräfte verfügen. Unterstützt wird das Projekt «Spe-

ranza» durch das Kantonale Amt für Berufsbildung, welches den «Speranza»-Flyer und den Fragebogen allen interessierten Jugendlichen abgibt. Den Lehrstellensuchenden wird aufgrund ihres Wohnortes und des Berufswunsches eine passende Gotta oder ein passender Götti zugeteilt.

Die FDP Graubünden ist sich bewusst, dass die Placierung der Jugendlichen nicht einfach sein wird, denn die Bewerberinnen und Bewerber haben sich meist schon über längere Zeit aktiv um eine Lehrstelle bemüht. Dennoch glaubt man im Projektteam an den Erfolg, da etwas «Vitamin B» – hier



selbstverständlich im positiven Sinn eingesetzt – oft Wunder wirken kann.

FDP-Fraktion reiste nach Neuenburg

Ansprechender Mix aus Weiterbildung und Geselligkeit

Über 200 Fraktionsmitglieder und Gäste nahmen am 8. Juni am jährlichen Fraktionsausflug der FDP teil. Die Reise führte in den Kanton Neuenburg, wo ein abwechslungsreiches Programm mit Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und natürlich Geselligkeit auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wartete.

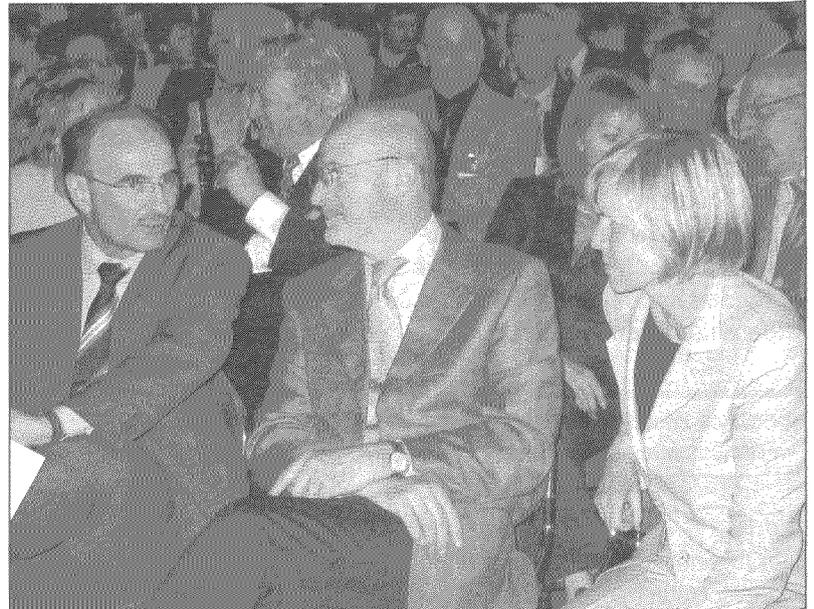
Zunächst besuchte die Reisegruppe das «Musée d'archéologie» in Hauterive. Beim zweiten Halt kamen Freunde der Technik auf ihre Kosten: Ziel war das «Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique SA». Vor dem Nachtesten konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dann noch einen ersten Blick auf die Baustelle des neuen Sport- und Geschäftszentrums und Heimstadions des FC Neuchâtel Xamax, die «Maladière», werfen.



Geselligkeit wurde natürlich auch beim Apéro gross geschrieben.



Die Aargauer Nationalrätin Christine Egerszegi war eine begehrte Sitznachbarin.



Fraktionschef Felix Gutzwiller, Fulvio Pelli und die St. Galler Ständerätin Erika Forster heckten selbst auf dem Ausflug neue Pläne aus.



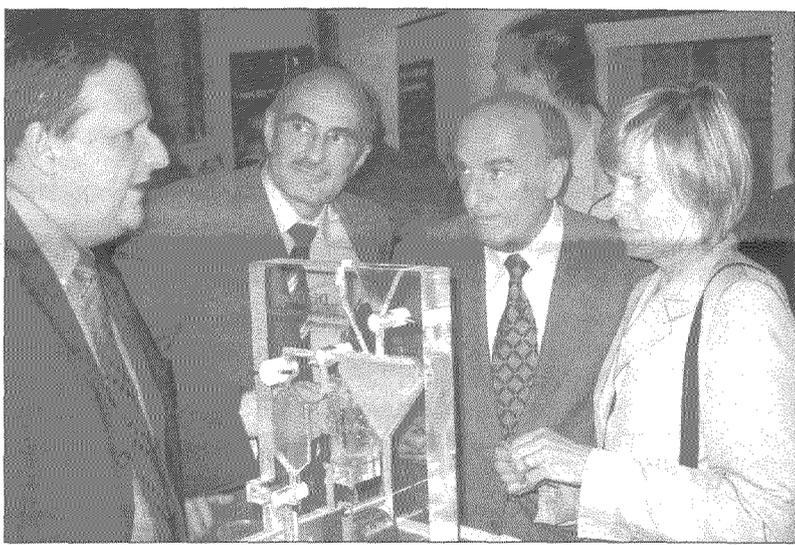
Die Gäste wurden vor dem Ausflug standesgemäss von Präsident Fulvio Pelli begrüsst.



Eifrige Diskussionen bei viel Sonne und Wind.



Angeregte technische Diskussionen im ...



... Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique SA.



Der frühere FDP-Präsident Franz Steinegger ist noch immer ganz Strategie.



Thomas Schmutz (Eidgenössisches Personalamt) und die Berner Nationalrätin Christa Markwalder genossen die Sonne.

Termine



UNILIB 2005

Zurück an die Spitze!

*Sommeruniversität der LPS und FDP
Debatten, Workshops, Podiumsdiskussionen*

2. und 3. September 2005, Hotel La Longeraie, Morges VD

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr, liebe Freunde

«Zurück an die Spitze» wird das Thema unserer gemeinsamen Sommeruniversität sein. Welchen Herausforderungen begegnet unser Land und welchen wird es in den kommenden Jahren zu begegnen haben? Wie wird unser Land in einer alle Fixpunkte in Frage stellenden Epoche der Globalisierung seine Interessen wahrnehmen, die kreativen Kräfte ermutigen und sein wirtschaftliches und soziales Gefüge weiterentwickeln können?

Es freut uns, Sie einladen zu dürfen, diesen Fragen bei Vorträgen, Diskussionen und in verschiedenen Workshops, zusammen mit hochrangigen Persönlichkeiten, weiter nachzugehen. Im Zeichen von Reflexion und Diskussion wird unsere Sommeruniversität Gelegenheit bieten zu Begegnungen und Entspannung in angenehmer und festlicher Umgebung.

Wir freuen uns, wenn Sie den kommenden 2. und 3. September an unserer Sommeruniversität in Morges im Kanton Waadt verbringen werden.

Mit herzlichen Grüssen

Claude Ruey
Präsident der Liberalen
Partei der Schweiz,
Nationalrat

Fulvio Pelli
Präsident der Freisinnig-
Demokratischen Partei der
Schweiz,
Nationalrat

Mit unter anderem der Teilnahme von:

Pascal Couchepin
Bundesrat

Claude Imbert
Gründer und Editorialist «Le Point»

Claude Hauser
Präsident der Migros-Verwaltung

Roger De Weck
Publizist

Jean-Frédéric Jauslin
Direktor Bundesamt für Kultur

Daniel Borel
CEO Logitech

Beat Kappeler
Wirtschaftsjournalist

Silvio Borner
Prof. Dr., Universität Basel

André Kudelski
Unternehmer

Diana Wallis
Europaparlamentarierin GB

Freitag, 2. September 2005

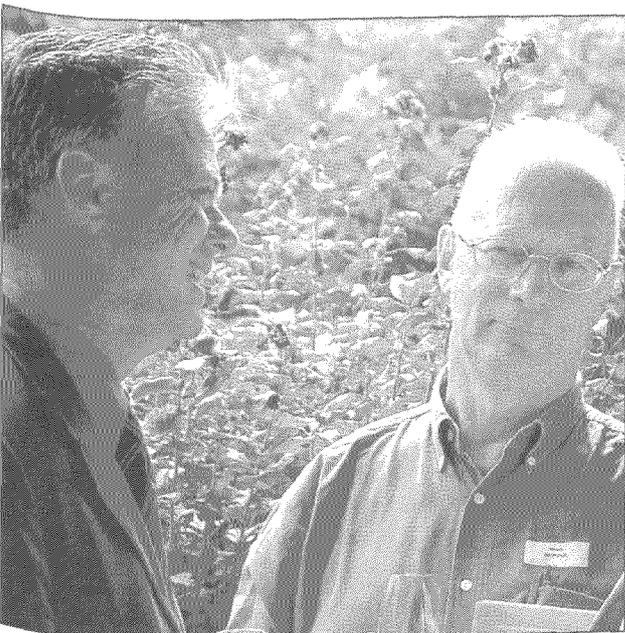
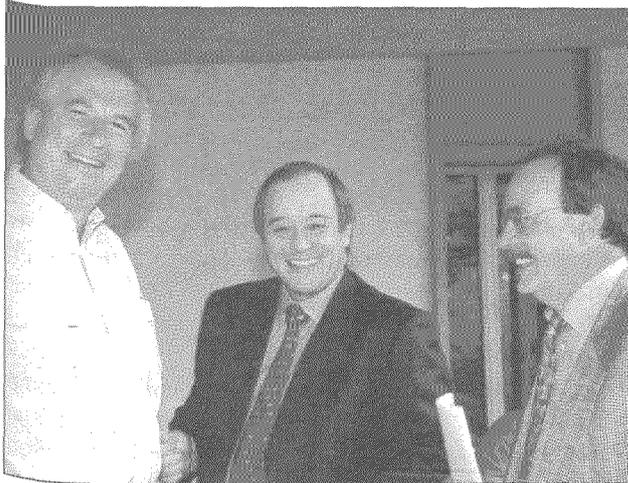
- 9.30 Ankunft und Plenum
- 11.15 Workshops
- 12.45 Mittagessen
- 15.00 Workshops und Debatten
- 17.00 Plenum
- 18.30 Abendunterhaltung (Abendessen usw.)

Samstag, 3. September 2005

- 8.30 Frühstück
- 9.30 Workshops und Debatten
- 12.00 Plenum
- 13.00 Mittagessen – Buffet
- 15.00 Ende der Sommeruniversität

Einige Eindrücke von der Sommeruniversität 2003

Fotos: Véronique Rochette



Anmeldung

zur Sommeruniversität vom 2. und 3. September 2005 in Morges VD

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort/Kanton: _____

Tel.: _____ Fax: _____

E-Mail: _____ Partei: _____

Ich melde an: 1 Person _____ Personen

für Freitag, 2. September Fr. 75.-*

für das Abendessen vom Freitag, 2. September Fr. 60.-*

für Samstag, 3. September Fr. 75.-*

für beide Tage (Abendessen inbegriffen) Fr. 180.-*

für Studenten und Lehrlinge für beide Tage (Abendessen inbegriffen) Fr. 50.-*

Total **Fr.**

Datum: _____ Unterschrift: _____

Anmeldung unter www.unilib.ch oder mittels Antworttalon an: LPS, Spitalgasse 32, Postfach 7107, 3001 Bern, oder per Fax an 031 312 54 74.

Eine Rechnung und die Anmeldung zu den Workshops werden Ihnen demnächst zugesandt. Die eventuellen Hotelkosten gehen zulasten der Teilnehmer. Eine Liste der Hotels mit Spezialkonditionen für UNILIB finden Sie unter www.unilib.ch. Reservieren Sie bitte direkt beim Hotel La Longeraie (Tel. 021 804 64 00, hotel@lalongeraie.ch) oder bei einem Hotel Ihrer Wahl vor Ende Juli.

* Preise pro Person

Siebenmeilenstiefel in der Steuerpolitik

Frauen erfreut über Weichenstellung für Individualbesteuerung

Grosse Freude herrscht bei den FDP-Frauen Schweiz nach der deutlichen Überweisung der FDP-Motion für die Einführung der Individualbesteuerung durch den Nationalrat. Der Systemwechsel ist eine langjährige Forderung der FDP-Frauen und ein mutiger Reformschritt im Steuerrecht.

Von Barbara Perriard,
Generalsekretärin FDP-
Frauen Schweiz, Köniz BE

In der Sommersession hat der Nationalrat eine mutige Weichenstellung im Steuerrecht vorgenommen und deutlich der Überweisung der FDP-Motion für den Übergang zur Individualbesteuerung zugestimmt. Aus Frauensicht ein echter Grund zur Freude, denn der Systemwechsel ist eine langjährige Forderung der FDP-Frauen Schweiz. Sie wurde zuletzt im Aktionsplan 04 erhoben.

Liberaler (und) Frauen freuen sich

Die Individualbesteuerung ist sowohl aus gleichstellungspolitischen als auch aus liberaler Sicht zu begrüssen, weil sie Frauen und Männer als selbständige Persönlichkeiten anerkennt. Jeder Mann und jede Frau wird als eigenständiges Steuersubjekt akzeptiert. Zentral ist dabei die Entkoppelung der Steuerbemessung vom Zivilstand. Das aktuelle Sys-

tem geht an den gesellschaftlichen Realitäten vorbei, indem einseitig am Modell der traditionellen Einverdiener-Familie angeknüpft wird. Zweiverdiener-Ehepaare haben – insbesondere im Vergleich mit Konkubinatspaaren – hingegen schlechte Karten. Das heutige System hat gerade für verheiratete Frauen mit Teilzeitarbeit einen fast schon poenalen Charakter. Das (Zusatz-)Einkommen der Ehefrau wird aufgrund der Progression höher besteuert als dasjenige einer alleinstehenden Person. Mit der Individualbesteuerung wird die steuerliche Heiratsstrafe für berufstätige Frauen ein für allemal be-

seitigt. Die Individualbesteuerung schafft folglich Gerechtigkeit.

Gesellschaftliche Realität anerkennen

Das geltende Recht hat aber nicht nur in Bezug auf die Stellung und Erwerbstätigkeit der Frauen, sondern auch in einem weiteren Punkt den gesellschaftlichen Wandel nicht vollzogen. Der Steuervogt ignorierte bislang die anhaltend steigenden Scheidungsraten. Den heute für einen beträchtlichen Teil der Gesellschaft Realität gewordenen wechselnden Familien- und Beziehungskonstellationen im Verlaufe eines Erwachsenenlebens kann durch einen

echten Systemwechsel besser Rechnung getragen werden. DINKS-Ehepaare (= double-income-no kids), Ein-Eltern-, Zweit- oder auch sogenannte Patchwork-Familien stehen in faktischer «Konkurrenz» zum «Ideal» der Ehemann-Ehefrau-Kind-Konstellation. Die Individualbesteuerung trägt in diesem Sinne zu mehr Kontinuität und Verlässlichkeit in fiskaler Hinsicht bei.

Falsche Anreize

Der jüngst auch von Bundesrat Joseph Deiss erhobene Einwand, die Individualbesteuerung schaffe neue Ungerechtigkeiten, vermag bei genauer Betrachtung nicht zu überzeugen.

Politik und Gesellschaft müssen sich die Frage stellen, inwieweit es im 21. Jahrhundert noch sinnvoll und vor allem legitim ist, die traditionelle Rollenverteilung von Frau und Mann zu zementieren und auch von staatlicher Seite her beeinflussen zu wollen.

Denn eines schleckt keine Geiss weg: Die gemeinsame Veranlagung von Ehegatten schafft negative und darum falsche Anreize auf das Erwerbsverhalten von Frauen. Gemäss Studien des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann verzichten Frauen vielfach auf eine Erwerbsarbeit, wenn Kosten und Nutzen in

Leserinnenbrief

Individualbesteuerung versus Ehepaarbesteuerung

Zur Individualbesteuerung hat die FDP-Frauen Schweiz eine interessante Zuschrift erreicht, die wir an dieser Stelle gerne veröffentlichen:

Weil gerade für die Ehefrauen von Männern mit mittleren und höheren Einkommen die Ehepaarbesteuerung ein beträchtliches Hindernis auf dem Weg in die Erwerbstätigkeit bedeutet, möchte ich auf ein ausländisches Vorbild hinweisen, wo die Einführung der Individualbesteuerung ohne grossen Mehraufwand geschah: Die Niederlande, nicht gerade bekannt für ein mildes Steuerklima für ihre Bürger, führten 1973 die Individualbesteuerung der Erwerbseinkommen von Ehegatten ein. Dabei wurden die nicht arbeitsgebundenen Einkommensbestandteile – (Schuld-)Zinsen, Dividenden, Eigenmietwert usw. – dem meistverdienenden Ehegatten zugerechnet. Das niederländische Steuersystem kannte damals verschiedene Steuerfreibeträge für Verheiratete und Alleinstehende (anstelle des hiesigen Systems mit unterschiedlichen Steuertarifen für die beiden Kategorien). Bei Erwerbstätigkeit beider Ehegatten wurde jedem von ihnen die Hälfte des Steuerfreibetrags für Alleinverdiener zuerkannt. Konkubinatspaare wurden fortan gleich wie Ehepaare behandelt, also auch bei ihnen

die nicht arbeitsgebundenen Einkommensbestandteile dem meistverdienenden Partner zugerechnet.

Dank diesem pragmatischen Vorgehen konnte der Staat ausserhalb der güterrechtlichen Absprachen der Ehe- bzw. Konkubinatspaare bleiben. Die Zahl der Steuererklärungen nahm zwar zu, aber da die zusätzlichen Steuererklärungen im Allgemeinen sehr einfacher Art waren, verursachte diese Zunahme den Steuerbehörden wenig zusätzliche Arbeit. Die Automatisierung trug das ihre zur Lösung des Problems bei.

Seit der Steuerreform im Jahr 2000 gilt für die nicht arbeitsgebundenen Einkommensbestandteile mit Ausnahme des Eigenheims ein fester (= nicht progressiver) Steuersatz. Seitdem steht es Doppelverdienerpaaren frei, wie sie diese Einkommensbestandteile über ihre Steuererklärungen verteilen. Die oben genannten Steuerfreibeträge sind durch sog. Tax Credits ersetzt worden, die den steuerlichen Vorteil für alle Einkommen auf den niedrigsten Steuersatz beschränken. Dabei hat auch der erwerbslose Partner eines Alleinverdieners Recht auf diesen Betrag.

Prof. Dr. Doris Edel de Vries, Uerikon ZH

FDP 
Freisinnig-Demokratische Partei



Barbara Perriard

einem unvorteilhaften Verhältnis erscheinen. Vor allem gut (und nicht zu vergessen auch teuer) ausgebildete Frauen werden so zum Nachteil der Volkswirtschaft unnötig vom Arbeitsmarkt ferngehalten. Mit dem Übergang zur Individualbesteuerung wird der sogenannte Abhalteeffekt endlich beseitigt.

Nicht unerwähnt soll in diesem Zusammenhang der Umstand bleiben, dass in Deutschland das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in einem Urteil darauf verwiesen hat, dass die gemeinsame Veranlagung von Eheleuten in der NS-Zeit eingeführt worden sei, und zwar aus dem arbeitsmarktpolitischen Bestreben, Frauen vom Arbeitsmarkt zu verdrängen, indem ein Zusatzverdienst zum Einkommen des Mannes durch die Steuerprogression bewusst unattraktiv gemacht worden ist. Das Ziel, nämlich die Ehefrau ins Haus zurückzuführen, wird vom BVerfG

denn auch «edukatorischer Effekt» genannt (vgl. Prof. Dr. Heintzen, Freie Universität Berlin).

Vorherrschendes System

Last but not least sei darauf hingewiesen, dass die Individualbesteuerung nicht umsonst das zurzeit vorherrschende Steuersystem in Europa darstellt. Bereits 1984 hat die EU durch die damalige EG-Kommission festgestellt, dass der Gleichberechtigung von Frau und Mann im Steuersystem grösste Wichtigkeit beizumessen ist und die getrennte Veranlagung diesem Grundsatz am besten gerecht wird.

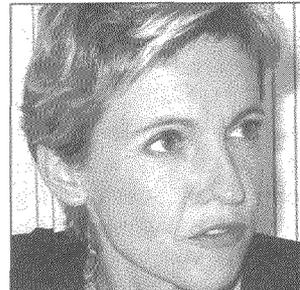
Es ist zu begrüßen, dass sich eine Mehrheit des Nationalrates und der WAK-Ständerat dazu entschlossen hat, die Siebenmeilenstiefel anzulegen. Denn gefragt sind in der Steuerpolitik eindeutig grosse Würfe und nicht das lähmende Feilschen um Abzüge. ■

Spannende Präsidentinnenkonferenz...

... mit wichtigen Entscheiden

Die FDP-Frauen unterstützen den Sonntags-einkauf an Bahnhöfen und Flughäfen, die Ausweitung des freien Personenverkehrs mit der EU und die Verbandsbeschwerdeinitiative.

Die FDP-Frauen Schweiz haben anlässlich ihrer Präsidentinnenkonferenz Anfang Juni Ja gesagt zu Sonntags-einkäufen an Bahnhöfen und Flughäfen. Die sanfte Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ist vor allem aus Frauensicht zu begrüßen. Sie trägt mit dazu bei, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Trotz veränderten Lebensgewohnheiten verlaufen die Ladenöffnungszeiten parallel zu den gängigen Arbeitszeiten. Berufstätige Väter und Mütter sind gezwungen, ihre Einkäufe rasch über Mittag oder



FDP-Frauen-Präsidentin Marianne Dürst

kurz vor Ladenschluss zu tätigen. Erweiterte Ladenöffnungszeiten bringen die nötige Entlastung. Zudem werden durch die Vorlage Arbeitsplätze geschaffen und Wachstum generiert. Davon profitieren alle.

Sonntags-einkäufe und freier Personenverkehr

Die FDP-Frauen wollen sich im Abstimmungskampf aktiv engagieren.

Bereits im Januar haben die FDP-Frauen Schweiz die Ja-Parole zum freien

Personenverkehr gefasst. Die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die zehn neuen EU-Staaten eröffnet der Schweizer Wirtschaft neue Wachstumschancen. Bei einer Ablehnung droht nicht nur grosser Schaden für den Standort Schweiz, sondern auch das Scheitern des bilateralen Weges mit der EU.

Schliesslich haben die Präsidentinnen die Unterstützung der Verbandsbeschwerdeinitiative beschlossen. Sie ermöglicht eine breite Diskussion über einen sinnvollen Ausgleich zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Anliegen. Ein Tunnelblick – sei dieser nun einseitig auf Umweltschutzvorschriften oder umgekehrt auf wirtschaftliche Interessen ausgerichtet – verhindert nachhaltige Lösungen. ■

Anzeige



KLINIK AADORF
Klinische Psychotherapie

Wir begleiten Sie bei
Krisen, Stress, Burnout

Kompetent – ganzheitlich – menschlich

Dr. med. Hans König, Chefarzt
Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie FMH
Fohlenbergstrasse 23, 8355 Aadorf, Tel. 052 368 88 88

Von Schülerolympiade bis Flat Tax

jfs am Kongress der estnischen Jungliberalen

Unsere Delegation besuchte im Rahmen eines Austauschprojektes die Eesti Keskerakonna Noortekogu (Jungliberale der Zentrumspartei) Ende Mai an ihrem Kongress in Tartu. Nach ihrem Aufenthalt an unserem Kongress in Uri waren wir gespannt, wie liberale Politik in Estland funktioniert.

Von Adrian Ineichen,
International Officer jfs,
Wohlen AG

Nationalrat Walter Müller begleitete drei Jungfreisinnige nach Estland, was der Reise den Stellenwert eines Parlamentarier austausches gab: Bereits am ersten Abend unseres Aufenthaltes führte uns der estnische Vizeparlamentspräsident in die Mechanismen ihrer Politik ein. Die estnischen Berufsparlamentarier verwenden während

den Sessionen jeweils einen Tag pro Woche für den Kontakt zur Bevölkerung (Besuche bei Wählern, Versammlungen), um ihnen ihre Politik zu erklären.

Leistungsorientiertes Bildungssystem

Beeindruckt hat uns, dass in Estland die meisten Studenten erwerbstätig sind. Der Wettbewerb um Studienplätze ist hart. Die besten 10% aller Studenten an den Universitäten werden für ihre Leistung belohnt

und müssen keine Studiengebühren bezahlen. Die Qualitätssicherung beginnt jedoch bereits in der Primarschule, wo anlässlich der alljährlichen Schülerolympiaden die Besten prämiert werden.

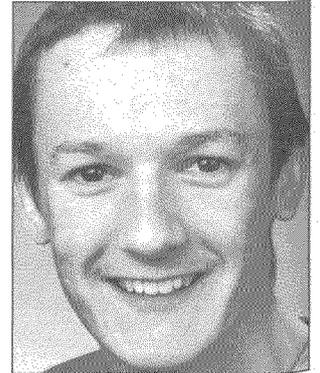
Es gibt aber auch Probleme: Die russische Minderheit (rund ein Drittel der Bevölkerung) besitzt nach wie vor kein Stimmrecht, stellt aber im Osten des Landes die Mehrheit. Dies und die sowjetische Vergangenheit erzeugen heute noch Spannungen zwischen den beiden Völkern.

Der Kongress der Jungliberalen war ein Highlight: Mehr als 200 anwesende Mitglieder verfolgten ein

spannendes Programm, das mit audiovisuellen Mitteln wesentlich lockerer daherkam als Vergleichbares in der Schweiz. Offenbar haben ihre Methoden Erfolg: Die Keskerakonna Noortekogu haben eine viel bessere Medienpräsenz als wir!

Flat Tax wird bereits gesenkt

Auch in anderer Hinsicht können wir von den aufstrebenden Esten lernen: Nach zahlreichen wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen will die neue Regierung die Flat Tax von derzeit 26 auf 20% senken und damit dem arbeitswilligen, ehrgeizigen und zu Höchstleistungen



Adrian Ineichen

bereiten Volk weitere Impulse verleihen. Nach einer Audienz beim Kulturminister traten wir mit vielen tollen Eindrücken die Heimreise an. ■

«erweiterung.ch»

Jungparteienkomitee für die Erweiterung der Personenfreizügigkeit

Im Herbst steht uns die Abstimmung des Jahrzehnts bevor. Es geht bei der Ausdehnung des Personenverkehrsabkommens auf die neuen EU-Staaten ganz direkt um die Zukunft der Schweiz. Bei einem Nein besteht die grosse Gefahr der wirtschaftlichen und politischen Isolierung unseres Landes in Europa.

Von Adrian Michel,
Kampagnenleiter jfs,
Ermatingen TG

Die Beziehungen der Schweiz zur EU sind für unseren Kleinstaat im Zentrum Europas von ganz entscheidender Bedeutung. Die Interdependenzen, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, sind enorm.

Als stark exportorientierter Staat, der mittlerweile jeden zweiten Franken im Ausland verdient, haben wir ein übergeordnetes Interesse an fairem und freiem Zugang zu den europäischen Märkten. Die guten Wirtschaftsbeziehungen zu unseren wichtigsten Handelspartnern sind von existenzieller Be-

deutung für unseren Wohlstand.

Bilateralen Weg erfolgreich weiterführen

Seit der denkwürdigen EWR-Abstimmung beschreiten wir konsequent und erfolgreich den bilateralen Weg durch sektorielle Verträge mit der EU. Mit dieser A-la-carte-Annäherung an Europa können die Schweizer Interessen gegenüber der EU am besten gewahrt bleiben. Die 7 Abkommen der Bilateralen I bilden dabei das Fundament der vertrag-

lichen Zusammenarbeit. Die Bilateralen II ergänzen diese in wichtigen Bereichen. Mit der gewonnenen Abstimmung zu Schengen/Dublin beteiligen wir uns am europäischen Sicherheitsraum und kooperieren in der internationalen Verbrechensbekämpfung und beim Kampf gegen den Asyltourismus. Damit hat der Souverän den bilateralen Weg erneut gestärkt.

Viele Vorteile und eine Gefahr

Am 25. September stimmen wir über die Ausdeh-

nung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die zehn neuen süd- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten ab. Die Wirtschaft könnte von den stark wachsenden neuen Märkten profitieren und würde Arbeitsplätze in der Schweiz über Jahre sichern. Wegen der Guillo-tine-Klausel in den bilateralen Abkommen I, zu denen auch das Personenverkehrsabkommen gehört, geht es am 25. September aber um nichts weniger als um die Verteidigung aller bilateralen Abkommen mit

Termine

Einladung zum a. o. Kongress der Jungfreisinnigen in Bern

Programm

Samstag, 6. August 2005

- 10.30 Uhr Delegiertenratssitzung (nur für Delegiertenratsmitglieder)
 Programm gemäss eigenem Einladungsversand
- Lunch
- 13.30 Uhr Kongress-Empfang
 Kongresshotel Ador, Laupenstrasse 15, Bern
- 14.00 Uhr ausserordentlicher Kongress
 Traktanden gemäss separater Einladung
- 18.00 Uhr Apéro, Besuch freisinniger Gäste
 1. Rückreisemöglichkeit
- 19.30 Uhr Nachtessen in trendigem Berner Lokal
 Nachtleben in Bern

Übernachtung in Jugendherberge oder Hotel

Sonntag, 7. August 2005

- Nach Bedarf kleines Kulturprogramm zum Ausklingen
2. Rückreisemöglichkeit

der EU. Ein Nein könnte die EU aus innenpolitischen Gründen dazu zwingen, die bilateralen Verträge mit der Schweiz aufzukündigen.

Kernfrage «Bilateralismus»

Damit geht es am 25. September nicht in erster Linie um diffuse Ängste wie Arbeitsplatzverlust, Lohn-dumping oder Überfremdung. Die eigentliche Kernfrage betrifft den Fortbestand des erfolgreichen bilateralen Weges. Wenn es schon um eine Angst geht, dann um die reale Gefährdung vor einer wirtschaftlichen und politischen Isolierung der Schweiz innerhalb Europas! Ein Nein würde die Schweiz im dümmsten Fall um mindes-

tens ein Jahrzehnt zurückschleudern. Auf dem Spiel stehen daher ganz konkret Wohlstand und Arbeitsplätze.

Beherrzter Einsatz

Abgesehen davon, dass wir bei einem Nein «am Ast sägen, auf dem wir sitzen» und das Fundament unserer bilateralen Beziehungen mit Europa gefährden,

bietet die Personenfreizügigkeit gerade uns Jugendlichen mannigfaltige Chancen. Daher engagieren sich die jungfreisinnigen zusammen mit anderen Jungparteien in der Jugendkampagne «erweiterung.ch».

Kurz und bündig

Neue Website der jfs aufgeschaltet

Die jungfreisinnigen schweiz haben vor kurzem ihre neue Website aufgeschaltet. Mehr dazu unter www.jungfreisinnige.ch.

Anmeldung und Infos

Anmeldungen

Die Anmeldungen nehmen wir gerne über unsere Website www.jungfreisinnige.ch entgegen. Anmeldeschluss ist der Sonntag, 17. Juli 2005. Aus logistischen Gründen können wir nach diesem Datum keine Anmeldungen mehr entgegennehmen.

Die Anmeldung ist verbindlich! Es werden keine Anmeldebestätigungen verschickt.

Abmeldungen ab dem 17. Juli 2005 müssen wir leider in Rechnung stellen. Wir bitten dafür um Verständnis.

Übernachtung

Das wesentliche Programm wird am Samstag durchgeführt. Gerne könnt ihr aber noch das Nachtleben in Bern mit anderen Jungfreisinnigen auskosten und bis Sonntag in Bern bleiben. Zur Übernachtung bieten wir euch folgende Varianten an:

- 4er-Zimmer in der Jugendherberge Bern
- Doppelzimmer in zentral gelegenem **-Hotel
- Einzelzimmer in zentral gelegenem **-Hotel

Wir sind sehr darum bemüht, auf eure Einteilungswünsche einzugehen, können dies aber nicht vollumfänglich garantieren.

Kosten/Bezahlung

Die Teilnahme am Kongress (Empfang bis Apéro) ist kostenlos!

Der Beitrag für das Nachtessen beläuft sich auf Fr. 35.- (exkl. Getränke).

Die Übernachtung in der Jugendherberge kostet Fr. 35.-. Die Übernachtung im Hotel-Doppelzimmer kostet Fr. 75.-, diejenige im Einzelzimmer Fr. 100.-.

Die individuellen Essens- oder Übernachtungskosten werden direkt vor Ort eingezogen, es sind keine Einzahlungen im Voraus notwendig.



Religion als Herausforderung?

Interessante Fachtagung sprach über 100 Teilnehmer an

Am 21. Mai führte die FDP Schweiz eine Fachtagung mit dem Titel «Rückkehr des Religiösen: Herausforderung für die liberale Gesellschaft» durch. Über 100 Interessierte aus der ganzen Schweiz folgten der Einladung in den Kursaal in Bern.

Von Daniel Lang,
Generalsekretariat FDP
Schweiz, Bern

Die Fachtagung war zweigeteilt: Nach einer Einführung durch den Ta-

gungsleiter, Nationalrat Jean-Paul Glasson (FR), hielt Bundesrat Pascal Couchepin ein Referat zum Wandel der Stellung von Religionsgemeinschaften und Kirchen. Er sprach sich aus für einen Laizismus, der offen für die Vielfalt religiöser Äusserungen ist. Der Staat müsse einen Rahmen schaffen und der Dialog mit den verschiedenen Beteiligten darin gepflegt werden. Im Anschluss daran brachte Thomas Wipf, Ratspräsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, seine Auffassungen bezüg-

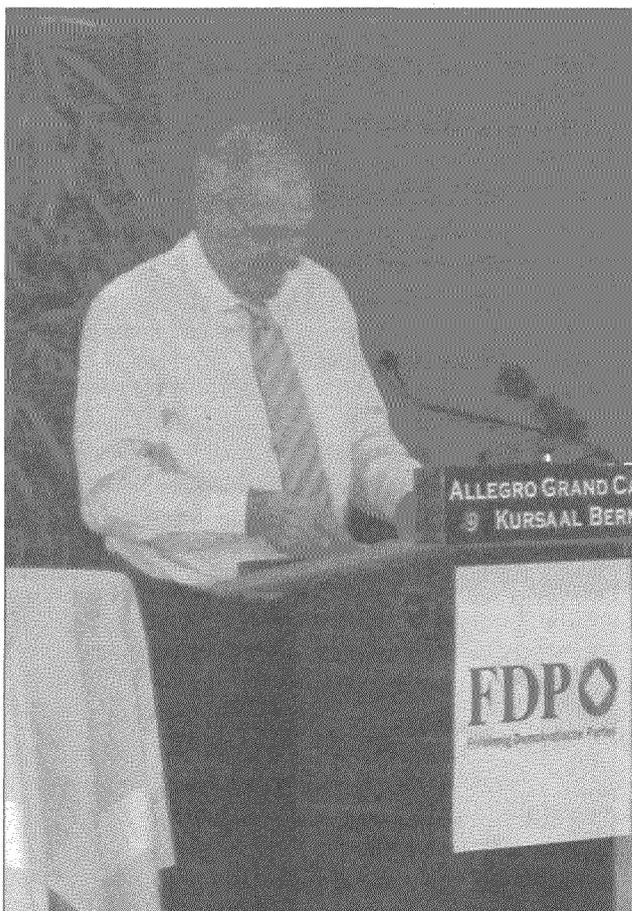
lich des Wertewandels in der Gesellschaft und möglicher Reaktionen zum Ausdruck. Neben einer zunehmenden Individualisierung stellte er auch durchaus Tendenzen in Richtung Kollektivierung, beispielsweise in Form von religiösen Massenaufmärschen, fest. Er forderte eine koordiniertere schweizerische Religionspolitik. Die in der darauf folgenden Podiumsdiskussion und in der Fragerunde des Publikums aufgeworfenen Fragen und Problemkreise machten die Aktualität des Themas noch einmal deutlich. Insbesondere die Rolle der Kirchen im Umgang mit politisch-gesellschaftlichen Themen stand zur Debatte.

Antworten wurden erarbeitet

Nach einem kurzen Stehlunch, während welchem angeregt weiterdiskutiert wurde, machten sich die Anwesenden zum zweiten Teil der Tagung auf. Unter der Leitung jeweils eines Exponenten der FDP und einer Fachperson wurden dabei in Workshops spezifische Bereiche wie zum Beispiel die rechtliche Anerkennung von Kirchen und Religionsgemeinschaften oder das Spannungsfeld zwischen Religion und öffentlichen Einrichtungen diskutiert. Die Präsentation der Ergebnisse der Workshopleiter vor dem Plenum machten deutlich, dass die Partei sehr wohl in der Lage ist und sein muss, zu Fragen im Umgang mit Religionsgemein-



Das hochkarätig besetzte Podium mit (v.l.n.r.) Roland Trauffer (Generalvikar Bistum Basel), Sabine Pegoraro (Regierungsrätin BL), Bundesrat Pascal Couchepin, Werner de Schepper (Chefredaktor «Blick»), Thomas Wipf (Ratspräsident Schweiz. Evangelischer Kirchenbund) und Samuel M. Behloul (Universität Luzern).



Bundesrat Pascal Couchepin überzeugte mit seinem Grundsatzreferat zum Verhältnis von Staat und Religion aus liberaler Sicht.



Das interessante und aktuelle Thema führte mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an die Fachtagung.

schaften und Kirchen Antworten und Lösungsmöglichkeiten zu geben. Es wurde aber auch klar, dass es auf die verschiedenen Fragen keine simplen Rezepte gibt und dass die Diskussion sicherlich noch weitergeführt werden muss.

Die Ergebnisse der Workshops sowie der gesamten Diskussionen an der Fachtagung werden nun dazu dienen, die Positionen der FDP in diesem Bereich festzulegen.

Die höchste Walliserin – völlig unpolitisch

Übergang v. Santa Maria nach Bormio	man hat so viel und trotzdem zu wenig	grösster Eisstrom der Schweiz	wanderte einst als Münze		Insel mit der Blauen Grotte	hier gibt es noch Löt-schentaler Masken	macht kalte Gletscher-zungen	leuchtet 13-fach in Walliser Fahnen	Skistil wie ihn auch Art Furrer pflegte
Meteorologische Zentralanstalt	11		Geierfrass kommt von à Dieu			Behälter als frühes Flugzeug			
zwei Walliser Ausflugsalpen, die eine v. Naters, die andere von Mörel her erreichbar		12			Kleinvieh macht auch als Ersatz gekürzt			7	hier wird ein neues Tunnelloch gebohrt
						goldgelber Vogel liegt oben im Goms		macht Fant zu einem Dickhäuter Persien	
kleiner Energieträger	die Göttin als arme Kuh		zeigt sich in Muskelpaketen						6
		9						anno ante Christum	10 Muschel als Benzimmarke
Rundsicht als Schlagzeilenblatt	leiht man guter Rede Pass ins Oberwallis						so sind eben die Feuchtgebiete		
			bringt freie Bahnfahrten spanischer Hoch-Ruf				Laubbaum mit zähem, biegsamem Holz	kleines Gejammer Napoleons Pass	
kurzes Bundesgesetz Schweigers Vorname				3					
					flitzt beim Eishockey ausserordentlich	alltürkischer Herrentitel	SO-Dorf mit Storchpflege	halbes Mitglied d. CH par exemple wie z.B.	
Fleischstück als VS-Dorf Honigwein f. Germanen			kurzes Wehklagen internat. Transport		2	Dorf an der Lonza Kalkgebiet, o. Feldhacke			
schönen Dank im Unterwallis	Herrenpalast in Brig meist grosse Worte							8	Hauptort, der für Olympia kämpfte
					Kiloampère European Space Agency	kleiner Teil vom Teil beginnt mit der Genesis		gekürztes Gesetz	
Stifti für Azubis					hier liegt Rilkes Grab usual terms				prima oder per annum
 macht ein wenig adelig	1		Walliser Dorf und Urner Pass		5			kann auch ein ital. Strom sein	4
hat einen autofreien Blick zum Horn							oft ein allzu fanatischer Anhänger		

Ergänzen Sie Ihre Sommergarderobe mit einigen stilvollen Artikeln aus unserem FDP-Shop!

1. bis 3. Preis

Je nach Gewinnerin oder Gewinner: ein FDP-Foulard oder eine FDP-Krawatte.

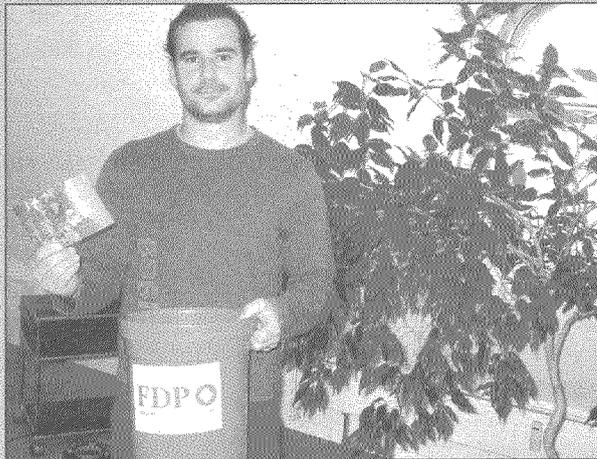
So machen Sie mit: Schreiben Sie bis Montag, 15. August 2005 (A-Post-Stempel) eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort und Ihrem Namen und Adresse an: Generalsekretariat FDP Schweiz «Freisinn»-Rätsel z. Hd. Nico Zila Postfach 6136 3001 Bern raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Auflösung des Rätsels aus der letzten «Freisinn»-Ausgabe finden Sie auf Seite 22.

Lösungswort

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Schengen/Dublin gefährdete Lösungswort nicht



SOUVERAENITAET lautete das Lösungswort des Preisrätsels im «Freisinn» vom 25. Mai. 246 Leserinnen und Leser trotzten der Angstmacherei der Nein-Kampagne zu Schengen/Dublin auf ihre Weise und liessen uns die richtige Lösung zukommen. Herzlichen Dank allen Teilnehmern!

Aus den Einsendungen zog Daniel Lang, Mitarbeiter im Generalsekretariat der FDP Schweiz, die glücklichen Gewinner:

- 1. Preis**
ein FDP-Foulard
Frau Ruth Burch, 6020 Emmenbrücke LU
- 2. Preis**
eine FDP-Krawatte
Herr Thomas Kölliker, 4628 Wolfwil SO
- 3. Preis**
ein FDP-Foulard
Frau Helen Lang-Graf, 9244 Niederuzwil SG

G	P	G	P	M	I	P						
R	A	V	L	O	S	A	N	N	A	M		
B	E	T	A	M	I	L	C	H	E	R	G	O
N	O	R	A	S	I	H	L	S	T	U	R	
Z	U	M	E	T	Z	L	E	R	N	I	S	
K	E	R	B	E	E	A	R	R	E	N	E	
I	O	T	E	I	G	W	A	R	E	N		
L	E	S	B	O	S	A	B	E	N	D	S	
M	U	T	T	U	R	B	A	N	I	S	A	
R	B	A	N	K	K	U	N	D	E	N	S	
D	O	G	A	N	A	O	M	E	G	A	K	Y
A	D	E	L	M	O	M	M	S	A	U	L	
A	A	I	M	A	I	S	A	R	A			
A	C	H	I	M	L	E	U	T	U	R	I	N
K	R	I	M	I	N	A	L	I	T	A	E	T
A	K	W	A	A	R	A	E	U	R	E		
L	U	X	E	M	B	U	R	G	E	N		

SOUVERAENITAET

Danke, Daniel Lang!



Daniel Lang beendet Mitte Juli sein fünfmonatiges Praktikum bei der FDP Schweiz. Das Team des Generalsekretariates und der «Freisinn» danken Daniel für seinen grossen Einsatz für die Partei und wünschen ihm für den Abschluss seines Studiums an der Universität Bern alles Gute!

Präsidentiale Begrüssung für Rätselgewinner

Der Solothurner Stadtpräsident und Nationalrat Kurt Fluri (links) liess es sich trotz seinem gefüllten Wochenend-Terminkalender nicht nehmen, das Ehepaar Jungi aus dem sanktgallischen Wittenbach in seiner Stadt zu begrüssen.

Walter Jungi, ein eifriger «Freisinn»-Rätsellöser, hatte im Januar eine Übernachtung im Hotel Krone in Solothurn gewonnen, welche er kürzlich bei herrlichem Sommerwetter zusammen mit seiner Gattin Rosette einlöste.



Veranstaltungen

Termine

20. August

Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Zürich

19. September bis 7. Oktober

Herbstsession der eidgenössischen Räte

25. September

Eidgenössische Abstimmung

– Ausweitung des freien Personenverkehrs mit der EU

22. Oktober

Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Yverdon-les-Bains VD

27. November

Eidgenössische Abstimmung

– Sonntagsverkauf in Bahnhöfen

– Gentechfrei-Initiative

28. November bis 16. Dezember

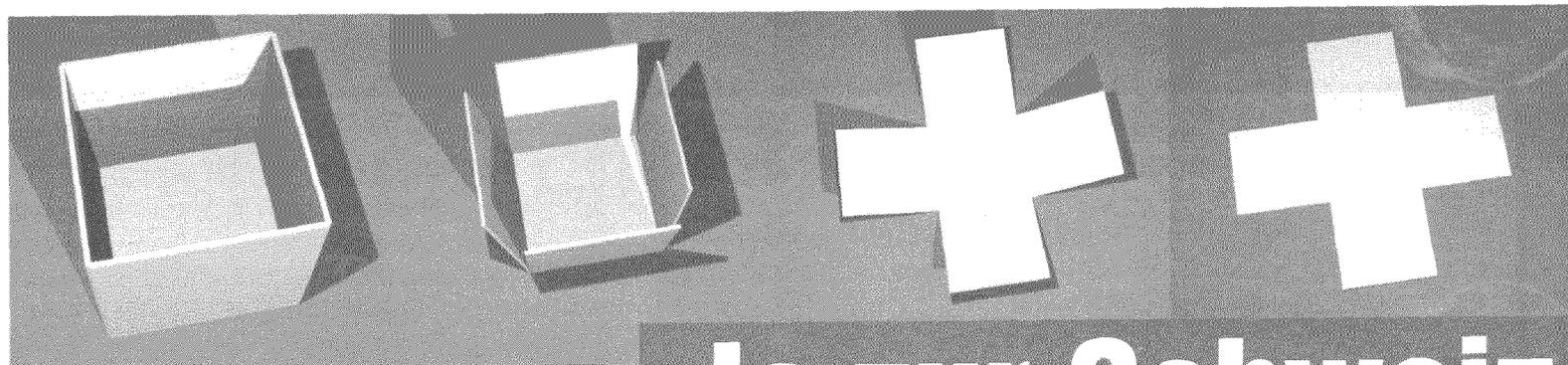
Wintersession der eidgenössischen Räte



ZU MEINER ZEIT HÄTTE ES
SO VIEL PERSONEN FREIZÜGIGKEIT
NICHT GEBEN!

Karikatur Andreas Töns

Ein souveräner Entscheid.



Ja zur Schweiz

Ja zu den Bilateralen Abkommen

Der Volksauftrag

Im Jahr 2000 hat sich das Volk klar für den Bilateralen Weg entschieden: 67% der Schweizerinnen und Schweizer haben den Bilateralen Abkommen mit der EU zugestimmt. Diese Abkommen mit unserem wichtigsten Wirtschafts- und Handelspartner haben sich bewährt. Die Bilateralen sind für unser Land unverzichtbar.

Jetzt den Bilateralen Weg fortsetzen

Die Bilateralen Abkommen II liegen auf dem Tisch. Ebenso das Personenverkehrs-Abkommen mit den neuen EU-Ländern. Ohne die Erweiterung der Personenfreizügigkeit sind alle Bilateralen Abkommen I gefährdet.

Das Parlament hat entschieden:

Wir bleiben ein Land, das sich nicht abschottet.

Ein Land, das weiterhin auf nutzbringende und pragmatische Lösungen setzt.

Souverän verhandelt

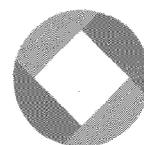
Unser Land hat klug verhandelt und viel erreicht. Die Interessen der Schweiz bleiben gewahrt. Die neuen Abkommen sind ein wichtiger Beitrag für Wachstum und Sicherheit. Es wäre ein grosser Fehler, die Verträge nun durch Fundamentalopposition aufs Spiel zu setzen.

Opposition ohne Alternative

Die Schweiz braucht die Bilateralen Abkommen, um die guten Beziehungen zur EU zu festigen. Die Verträge fördern wirtschaftliche Entwicklung und tragen damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung der Sozialwerke bei.

Das ist Souveränität.

FDP



Freisinnig-Demokratische Partei